

General Sikorski und seine Exilregierung zur Judenfrage in Polen im Lichte von Dokumenten des Jahres 1940*

von

Paweł Korzec

Dieser Beitrag befaßt sich mit der Kontaktaufnahme zwischen jüdischen Organisationen und polnischen Regierungsstellen im Exil — eine wenig bekannte, aber wichtige Episode in den polnisch-jüdischen Beziehungen. In diesem Zusammenhang werden die wahrscheinlich letzten Verhandlungen zwischen Vertretern der beiden Gemeinschaften besonders unter die Lupe genommen. Der Zeitraum des Geschehens beschränkt sich auf ein Halbjahr — vom Oktober 1939 bis Ende April 1940 —, was sich in etwa mit der Tätigkeitsperiode der ersten polnischen Exilregierung Sikorski in Angers (Frankreich) deckt.

Unter den zahlreichen Flüchtlingen, denen es nach der Niederlage Polens im September 1939 gelang, auf Umwegen das verbündete Frankreich zu erreichen, befanden sich auch viele Juden. Damit bewahrheitete sich die häufig von den jüdischen Abgeordneten Izaak Grynbaum und Ozjasz Thon im polnischen Parlament (Sejm) verkündete Prophezeiung und Warnung, daß der Zusammenbruch des polnischen Staates vor allem für die polnischen Juden katastrophale Folgen haben würde.¹

Die Ereignisse und das gemeinsame Schicksal von Juden und Polen bewirkten, daß sich zwischen den seit Jahrhunderten zusammen lebenden Gemeinschaften, wie niemals vorher in der Geschichte, politische Gemeinsamkeiten herausbildeten. Aber schon bald gewannen traditionelle Vorurteile, Mißtrauen und schematische politische Denkweisen wieder die Oberhand, und das sogar bei namhaften Politikern und renommierten Intellektuellen; nicht ausgenommen davon waren leider auch die häufig und gern zitierten sogenannten Menschen guten Willens. Das erschwerte zweifelsohne erheblich die für die gemeinsame Sache der beiden Gemeinschaften wichtige Verständigung.

*) Die Einleitung (S. 229—237) hat Herr Max Darewski, Frankfurt/M., die Kopfregesten, die Dokumente 2—6 und 8—13 des Anhangs sowie die Fußnoten zu den Dokumenten Herr Prof. Dr. Gotthold Rhode, Mainz, aus dem Polnischen übersetzt. Die Dokumente 1 und 7 werden in der Sprache des Originals — Englisch — wiedergegeben.

1) So schloß z. B. I. Grynbaum eine seiner Sejmreden 1920 folgendermaßen: „Ich gehöre zu einem alten Volk, das viel miterlebt hat, das gesehen hat, wie Staaten entstanden und verfallen sind; ich gehöre zu einem Volk, das mehrmals auf die Fassaden der Staatsgebäude die Worte ‚Mane-Thekel-Fares‘ geschrieben hat. Ich erlaube mir zu sagen, daß die weitere Anwendung des Systems, das ich in dieser Rede charakterisiert habe, dazu führen muß, daß auf den Fassaden unserer Staatsgebäude, zum tiefen Weh des polnischen Judentums, die feurigen Worte ‚Mane-Thekel-Fares‘ auftauchen.“ Stenogramme der Sejmdebatte vom 14. 10. 1920, Rede I. Grynbaums, Sp. 41—57.

Sowohl in Polen als auch in der Emigration glaubte man in den ersten sechs Monaten nach Ausbruch des Zweiten Weltkrieges an eine baldige Niederlage Hitlerdeutschlands, die Polen bald seine Unabhängigkeit wiederbringen würde.

Die in der Emigration gebildete polnische Regierung unter General Sikorski erweckte bei den jüdischen Emigranten Sympathie und Hoffnungen; führende Persönlichkeiten aus dem jüdischen Organisationsleben in England und Frankreich teilten dieses Empfinden. Sikorski war als entschiedener Gegner des früheren „Sanacja“-Regimes bekannt. Von seiner Regierung erwartete man eine konsequente politische Neuorientierung und die Wiedererrichtung eines demokratischen Staates mit voller Gleichberechtigung für alle seine Bürger. Das führte zu einer erheblichen Aktivierung der schon bestehenden Organisationen polnischer Juden und zur Schaffung von neuen.

Unmittelbarer Anstoß zur Kontaktaufnahme mit den polnischen Regierungsstellen im Exil war die Sorge und das Schicksal der jüdischen Bevölkerung im besetzten Polen und das Problem der Organisation von Hilfsaktionen. Auch die polnische Exilregierung war sich der Bedeutsamkeit von politischer Unterstützung seitens der Juden bewußt. Insbesondere waren die Juden die einzige nationale Minderheit Polens, die rückhaltslos für die Unabhängigkeit und territoriale Unteilbarkeit des polnischen Staates eintrat. Die Regierung mußte auch einkalkulieren, daß die Sympathie und Unterstützung der einflußreichen jüdischen Organisationen in England, Frankreich und den Vereinigten Staaten bei der erhofften künftigen Friedenskonferenz eine wichtige Rolle spielen könnten, insbesondere was das heikle Problem der Ostgrenze Polens anbetraf. Was nämlich darüber zu jener Zeit in gewissen politischen Kreisen der Westmächte verbreitet wurde, mußte die Polen in helle Aufregung versetzen. Diese Kreise gaben in der Tat den Russen unmißverständlich zu verstehen, daß sie über eine eventuelle Revision der Ostgrenze Polens um den Preis einer Distanzierung Moskaus von Hitler mit sich reden lassen würden; in der Presse kam die Konzeption der sogenannten Curzon-Linie wieder in die Schlagzeilen.²

Die polnisch-jüdische Zusammenarbeit nahm ihren Anfang, aber schon nach kurzer Zeit zeigten sich die ersten Wolken am Horizont. So wurden beispielsweise die jüdischen Freiwilligen, die sich zu der in Frankreich aufgestellten „Polnischen Legion“ meldeten, mit größter Zurückhaltung behandelt. Diejenigen, die dennoch der Legion beitreten konnten, wurden von vielen ihrer Kameraden regelrecht schikaniert und diskriminiert — ganz zu schweigen von einem Teil des Offizierskorps, der gegenüber den Juden noch dazu eine unerträgliche Arroganz an den Tag legte.³

2) Bei der Curzon-Linie handelt es sich um einen Plan des britischen Außenministers Lord Curzon, die Ostgrenze Polens auf der Grundlage der ethnischen Prinzipien zu regeln. Die Curzon-Linie ist fast identisch mit der heutigen Ostgrenze Polens.

3) Vgl. Anhang, Nr. 1.

Die polnische Presse in der Emigration konnte es sich nicht versagen, in ihren Publikationen deutliche antisemitische Akzente zu setzen, wobei die in Paris erscheinende „Polnische Tageszeitung“ (*Dziennik Polski*), sich ganz besonders hervortat.⁴

Auch manche Neuernennungen in der Exilregierung riefen in der jüdischen Presse heftigen Protest hervor. Zum Regierungsmitglied wurde u. a. General Józef Haller ernannt. Schon allein die Erwähnung dieses Namens ergriff die jüdische Bevölkerung mit Schauer. Unter dem Kommando von General Haller stehende Einheiten hatten in den Jahren 1919/20 wiederholt blutige Pogrome durchgeführt, was ohne Ermunterung oder Befehl von oben nicht möglich gewesen wäre⁵, Hallers Name wurde auch häufig im Zusammenhang mit der Ermordung des polnischen Staatspräsidenten Narutowicz Ende des Jahres 1922 erwähnt.⁶ Sikorski ernannte in seiner ersten Regierung Oberst Adam Koc zum Justizminister, was allgemeine Verwunderung hervorrief, da der General bislang immer mit größter Härte gegen authentische und vermeintliche „Sanatoren“ vorgegangen war. Koc aber war Gründer des „Lagers der Nationalen Einigung“ (*Obóz Zjednoczenia Narodowego* — OZN), einer durch ihre totalitären und antisemitischen Tendenzen und Handlungen berüchtigten Bewegung.⁷

Sehr zum Schaden beider Seiten entwickelte sich eine Pressepolemik, aber fast gleichzeitig wurden Initiativen zur Beilegung des Konflikts ergriffen sowie Versuche unternommen, eine Plattform für gegenseitige Verständigung zu finden. Der polnische Botschafter in London, Edward Raczynski, und der Vertreter der englischen Juden, Professor Selig Brodetzky⁸, der übrigens aus Polen stammte, können für sich in Anspruch nehmen, wesentlich dazu beigetragen zu haben. Im Verlaufe des Gedankenaustausches kam es jedoch zu grundsätzlichen Meinungsverschiedenheiten. Die jüdische Seite bestand darauf, den gegenseitigen Beziehungen einen gewissen offiziellen Anstrich zu geben. Sie forderte für die jüdische Bevölkerung eine tatsächliche Gleichberechtigung und den Status einer

4) Ebenda.

5) P. Korzec: *Juifs en Pologne. La question juive pendant l'entre-deux-guerres*, Paris 1980, S. 84, 105 f., 110 f.

6) Ebenda, S. 133.

7) In seiner Funktion als Führer des OZN entwickelte Koc eine Politik der weitgehenden Zusammenarbeit mit dem faschistischen „National-radikalen-Lager“ (*Obóz Narodowo-Radykalny*, ONR) sowie mit der Falange und deren Führer Bolesław Piasecki. Über die Rolle Piaseckis in Volkspolen siehe A. Micewski: *Współrządzić czy nie kłamać?* [Gemeinsam regieren oder nicht lügen?], Paris 1978.

8) Selig Brodetzky (so in eigener Schreibweise; in den Dokumenten teilweise auch Brodetzki), 1888—1954, geboren in der Ukraine, kam als Kind nach London. Er studierte in London und Cambridge und wurde 1913 an der Universität Leipzig auf Grund einer Dissertation aus dem Bereich der mathematischen Astronomie promoviert. Als Universitätsprofessor war er wissenschaftlich sehr aktiv und veröffentlichte bedeutende Arbeiten. Seit 1907 war er in der zionistischen Bewegung tätig, 1939—48 Präsident des „Board of Deputies of British Jews“. Seine Memoiren „From Ghetto to Israel“ wurden 1960 in London veröffentlicht (siehe Auszug unten in Anm. 31).

nationalen Minderheit, was u. a. bestimmte Formen interner Selbstverwaltung in Kultur und Bildung beinhalten sollte.

Die jüdische Bevölkerung hatte sich schon während des Kampfes um die Erringung der Unabhängigkeit Polens im Jahre 1918 für einen solchen Status eingesetzt.⁹ In der Zwischenkriegsperiode wurde dieses Anliegen systematisch in den Hintergrund gedrängt, um schließlich gänzlich von der Tagesordnung zu verschwinden. Nach dem Zusammenbruch Polens wurde das Problem von jüdischer Seite erneut und mit aller Konsequenz gestellt, ging es doch um die Zukunft nach der Befreiung von der deutschen Besatzung.

Die führenden jüdischen Persönlichkeiten aus Polen und anderen Ländern verlangten in erster Linie eine offizielle und unzweideutige Erklärung der polnischen Regierung zur Judenfrage, in welcher sie sich sowohl vom offiziellen wie vom offiziellen Antisemitismus der vorhergehenden Regierungen distanzieren sollte. Auch sollte darin unmißverständlich kundgetan werden, daß sie die Juden als gleichwertige Bürger des polnischen Staates erachte.¹⁰ Eine derartige Erklärung hätte ihre Wirkung bestimmt nicht verfehlt und erheblich dazu beitragen können, die Beziehungen zwischen den beiden Gemeinschaften im besetzten Polen zu verbessern sowie die von der Besatzungsmacht unbarmherzig unterdrückte und terrorisierte jüdische Bevölkerung moralisch aufzurichten. Sie hätte auch die polnischen Stellen und Ämter im Exil in ihrer Handlungsweise erheblich beeinflussen können, was in der Folge die Zahl der unerwünschten Zwischenfälle eingeschränkt hätte. Die Vertreter der patriotischen Kreise der jüdischen Intelligenz um Izaak Schwarzbart¹¹, Artur Szyk und andere hätten sich dadurch in ihrem Willen bestärkt gefühlt, weiterhin die jüdische Öffentlichkeit für die Unterstützung der polnischen Sache zu mobilisieren.¹²

Es war für das damalige politische Klima kennzeichnend, daß Sikorski, der sich in vielen anderen entscheidenden Fragen keinesfalls scheute, kategorische Aussagen zu machen, in jüdischen Angelegenheiten größte

9) Gleich nach der Wiedergeburt Polens im Jahre 1918 wurde ein „Nationaler Jüdischer Rat“ geschaffen, der eine lebhaftere Aktivität entwickelte, um für die Juden die kulturelle und nationale Autonomie zu erringen. Als diese Bemühungen auf den entschiedenen Widerstand der Regierung stießen, wurde der Kampf in die internationale Sphäre verlegt. Das polnische Judentum spielte bei der Entstehung des Minderheitenschutzvertrages eine bedeutende Rolle; siehe P. Korzec: Polen und der Minderheitenschutzvertrag 1919—1934, in: Jbb. für Geschichte Osteuropas, N. F., 20 (1972), S. 331—365.

10) Vgl. Anhang, Nr. 2 und 4.

11) Izaak Schwarzbart (Schwarzbard), 1888—1961, geboren in Chrzanów (Westgalizien), studierte Jura in Krakau. 1921—24 war er Herausgeber der Krakauer Zeitung „Nowy Dziennik“. Er war Führer der zionistischen Föderation Westgaliziens und (Polnisch-)Schlesiens, seit 1938 Abgeordneter des polnischen Sejm. In den Jahren 1940—45 war er Abgeordneter der „Polska Rada Narodowa“, des polnischen Exilparlaments, in Paris und London. Seit 1946 war er in der Leitung des „World Jewish Congress“ in New York tätig. Seine Memoiren „Zwischen bayde Welt Milchomes“ [Die Zwischenkriegszeit] sind 1958 erschienen.

12) Vgl. Anhang, Nr. 10.

Zurückhaltung bewahrte und offizielle Begegnungen mit jüdischen Persönlichkeiten vermied. Die Regierung ging systematisch einer Stellungnahme in der Judenfrage aus dem Wege und setzte während ihrer halbjährigen Amtsperiode dieses Problem nicht ein einziges Mal auf die Tagesordnung ihrer zahlreichen Beratungen. Sie beschäftigte sich auch praktisch weder offiziell noch inoffiziell jemals mit der Ausarbeitung politischer Richtlinien zu diesen Fragen, es wurden auch keine politisch wegweisenden internen Instruktionen formuliert. In dieser Situation mußte es zu Überraschungen und Zweideutigkeiten kommen. Es spricht für sich, daß z. B. der Arbeitsminister Stańczyk bei jeder Gelegenheit den angeblichen Humanismus und guten Willen der Regierung hervorhob, während gleichzeitig der stellvertretende Regierungschef Stanisław Kot die britischen jüdischen Führer damit schockierte, daß er ihnen einen Plan über die Aussiedlung der Juden aus Polen unterbreitete.¹³

Die polnische Regierung wollte zwar in ihrer Grundtendenz mit der jüdischen Seite gute Beziehungen aufrechterhalten, gleichzeitig aber keine Verpflichtungen auf sich nehmen. Das geht ziemlich klar aus dem hier veröffentlichten internen Briefwechsel hervor. Die Ursachen und Gründe dieser Politik bleiben recht nebelhaft, und der Versuch, die Dinge zu erläutern, führt ungewollt zu etwas hypothetischen Erwägungen.

Die Koalitionsregierung Sikorski stützte sich wesentlich auf die Parteien der Mitte und der Rechten (die Nationalpartei, die Arbeitspartei, die Bauernpartei). Alle diese Parteien bewerteten zwar die Innen- und Außenpolitik des Sanacja-Regimes negativ, akzeptierten aber bis 1939 voll und ganz dessen antijüdische Politik. Die Nationalpartei (Stronnictwo Narodowe) hatte eine extrem antisemitische Ausrichtung und beschuldigte sogar bis zum Schluß die „Sanacja“, sie führe angeblich eine projüdische Politik. Die Arbeitspartei (Stronnictwo Pracy) vertrat im Prinzip christdemokratische Positionen und stand der „Endecja“ (ND — Nationaldemokraten — Narodowa Demokracja) sehr nahe. Sogar die Bauernpartei (Stronnictwo Ludowe), eine demokratische und gesellschaftlich radikale Partei der Bauernschaft, forderte eine forcierte Auswanderung der Juden aus Polen. Ihr Führer, Wincenty Witos, der 1930 in der Festung von Brest inhaftiert war und in Polen so etwas wie eine Symbolfigur des Kampfes gegen den Faschismus galt, machte in seinen Memoiren keinen Hehl aus seinen weitgehend antisemitischen Neigungen.¹⁴

In Anbetracht dieser Sachlage ist es wohl kaum verwunderlich, daß es die Exilregierung nicht besonders eilig hatte, ihren Standpunkt in der Judenfrage zu definieren. Vergessen wir auch nicht, daß die Verhandlungen im ersten Halbjahr nach Beginn des Krieges geführt wurden, also in einer Zeit, als in den polnischen Kreisen ungeachtet der „Septemberrniederlage“ der Gedanke an die siegreiche Offensive der Alliierten und einen baldigen Sieg vorherrschte. Deshalb hielten es die Führer der

13) Vgl. Anhang, Nr. 12 und 13.

14) W. Witos: *Moje wspomnienia* [Meine Erinnerungen], 3 Bde, Paris 1964—65; ders.: *Moja tułaczka* [Mein Wanderleben], Warschau 1967, hier S. 61 f.

polnischen Parteien augenscheinlich auch nicht für angebracht, zugunsten der jüdischen Bevölkerung offiziell Konzessionen zu machen.

Władysław Sikorski¹⁵ selbst war politisch mit den Kreisen der Mitte und rechts von der Mitte verbunden. Er stand von Dezember 1922 bis Mai 1923 zum ersten Mal an der Spitze einer polnischen Regierung. Er bekämpfte zwar zu jener Zeit die extreme Rechte, konnte es aber dennoch in seiner Regierungserklärung vor dem Sejm nicht unterlassen, der jüdischen Bevölkerung sozusagen des Gleichgewichts wegen einige unfreundliche Sätze zu sagen, was bei den jüdischen Abgeordneten im Sejm heftigen Protest hervorrief.

Als Vertreter der Opposition gegen die „Sanacja“ und Verfechter einer Annäherung an die Westmächte mußte sich Sikorski über die katastrophalen Folgen der Nationalitätenpolitik der vorigen polnischen Regierung im klaren gewesen sein und gewußt haben, daß der übel beleumdete polnische Antisemitismus in der Zeit des Kampfes gegen Hitlerdeutschland der polnischen Sache nur Schaden bringen konnte. Damit sind auch die allgemein gehaltenen, öffentlichen Bekundungen Sikorskis zu erklären, daß sich im künftigen Polen alle Bürger einer vollen Gleichberechtigung erfreuen würden. Ungeachtet der realpolitischen Vorteile einer polnisch-jüdischen Verständigung blieb die Haltung von Sikorski reserviert, wenn es um persönliche Begegnungen mit jüdischen Politikern ging, die er konsequent vermied.

Man kann darüber streiten, ob Sikorskis Verhalten taktischen Erwägungen entsprach, es sich also nur um eine politische Konzession an seine Koalitionspartner handelte, oder ob wir es mit einer Haltung zu tun haben, die auf einer subjektiven inneren Einstellung basierte. Die Tatsache, daß es derselbe Sikorski war, der in den Jahren 1942/43 die Regierungen der Alliierten und die Weltöffentlichkeit über die systematische Vernichtung der jüdischen Bevölkerung durch das Besatzungsregime alarmierte, macht eine objektive Einschätzung seiner Person und Politik noch komplizierter.

In den erwähnten Gesprächen zwischen polnischen und jüdischen Vertretern wurde der jüdischen Seite vorgeworfen, sie erschwere die Verständigung. Bei dieser Gelegenheit wurden die schon fast klassisch gewordenen antisemitisch angehauchten Argumente aus den ersten Jahren nach der Erringung der Unabhängigkeit Polens wieder ausgegraben, und zwar: daß die Juden sich mit der Gleichberechtigung nicht zufrieden geben und den Status einer privilegierten Minderheit fordern; daß sie danach streben, einen „Staat im Staate“ zu bilden. Es waren also Thesen, die nach den zwanzigjährigen Erfahrungen in der Republik Polen eigentlich nicht mehr ernst genommen werden konnten. Ein neuer Vorwurf wurde häufig mit äußerster Hartnäckigkeit wiederholt: Zusammenarbeit der Juden mit den sowjetischen Machtorganen und Tätigkeit zum Schaden der polnischen Bevölkerung. Diese These ist seither tief im historischen Bewußtsein der Polen verankert und hat in den Kriegsjahren im hohen Grade zur Ver-

15) R. Wapiński: Władysław Sikorski, Warschau 1978.

schlechterung der polnisch-jüdischen Beziehungen beigetragen. Es handelt sich hier um ein sehr kompliziertes Problem, das viele dramatische Züge aufweist und wissenschaftlich noch nicht aufgearbeitet worden ist. Ich werde mich auch deshalb hier, gestützt auf authentische Dokumente, die unten im Anhang abgedruckt werden, nur auf einige Bemerkungen am Rande dieses Problems beschränken.

Nach der „Septemberrücklage“ im Jahre 1939 konnte man auf dem Gebiet des besetzten Polen zwei große Flüchtlingswellen beobachten, die sich in entgegengesetzter Richtung bewegten: die polnische Bevölkerung flüchtete aus dem sowjetischen Besatzungsgebiet in die von den Deutschen besetzte Zone, während die jüdische Bevölkerung aus dem zentralen und westlichen Teil Polens in das von den Russen okkupierte Gebiet floh.

Wenn man davon ausgeht, daß in Polen die Legende vom jüdisch-kommunistischen Bündnis sehr verbreitet war, so mußte die Fluchtrichtung der Juden diesen Phantastereien neuen Nährboden geben. In Wirklichkeit hegte keine der beiden Gruppen die Illusion vom schützenden Asyl, es war vielmehr für alle ein großes Wagnis, verbunden mit der Hoffnung, auf das kleinere Übel zu setzen beziehungsweise in diesem Falle die geringere Gefahr zu wählen. Es wäre deshalb auch genauso unsinnig gewesen, der polnischen Bevölkerung wegen ihrer Fluchtrichtung Sympathien für Hitlerdeutschland zuzuschreiben.

In der Sowjetunion wütete indessen seit 1936 der stalinistische Terror, dem besonders viele Vertreter der jüdischen Intelligenz zum Opfer fielen. Auch hatte der Molotov-Ribbentrop-Pakt dazu beigetragen, die prosowjetischen Empfindungen sowohl der Kommunisten wie auch ihrer Sympathisanten erheblich abzukühlen. Unter den Flüchtlingen in Richtung nach Osten befanden sich viele namhafte zionistische Persönlichkeiten und auch Führer der jüdischen sozialistischen Organisation „Bund“, die sich der Gefahren seitens der sowjetischen Behörden bestimmt bewußt waren, aber dessenungeachtet das Risiko in Kauf nahmen. Zwei der populärsten Führer der Organisation „Bund“, Ehrlich und Alter, wurden später in der Sowjetunion Opfer einer monströsen Provokation. Sie wurden ohne jegliche Beweise der Zusammenarbeit mit der Gestapo bezichtigt und standrechtlich erschossen.

Im Frühjahr 1940 stellten die Sowjetbehörden Hunderttausende von jüdischen Flüchtlingen vor die schmerzhafteste Entscheidung, sich formell entweder für Polen oder für die Sowjetunion zu entscheiden. Etwa 90 Prozent der Flüchtlinge verweigerten daraufhin die Annahme der sowjetischen Staatsbürgerschaft, was ihnen mit Deportationen in Lager oder mit Zwangsaufenthalt in den Regionen des eisigen Nordens (Komi, Archangelsk u. a.) quittiert wurde.¹⁶

16) Polnische Quellen geben folgende Zahlen hinsichtlich der nationalitätenmäßigen Gliederung der von den sowjetischen Behörden aus den altpolnischen Gebieten in den Jahren 1939–1941 deportierten Menschen an: Polen 52 v. H., Juden 30 v. H., Ukrainer und Weißruthen 18–20 v. H. Nach der Volkszählung im Jahre 1932 betrug der Bevölkerungsanteil der Juden 8 v. H. Der hohe Anteil

Was die einheimische jüdische Bevölkerung in den von den Sowjets besetzten ehemaligen polnischen Gebieten anbetrifft, so konzentrierten sich dort die Zwangsverschickungen und Terrormaßnahmen vor allem gegen die vermögenden Schichten und den Mittelstand wie auch gegen ehemalige Aktivisten von jüdischen Parteien und Organisationen. Da in den östlichen Randgebieten Polens die jüdische Bevölkerung besonders stark von Massenarbeitslosigkeit betroffen sowie systematisch wirtschaftlichen Boykottmaßnahmen und Feindseligkeiten ausgesetzt gewesen war, erschien es vielen Juden, daß sich ihre wirtschaftliche Lage unter der Sowjetmacht verbesserte. Auch hegten zweifelsohne viele Juden, die den Kommunisten nahestanden, Illusionen in bezug auf die neuen Machthaber. Randfiguren, die sich überwiegend aus dem Lumpenproletariat rekrutierten, sowie Postenjäger, Emporkömmlinge und Karrieremacher aller Schattierungen schreckten nicht davor zurück, den sowjetischen Behörden Spitzeldienste zu leisten, was ihnen auch erleichterte, persönliche Rechnungen zu begleichen und daraus für sich noch zusätzlich Vorteile zu ziehen.

Auf den unteren Ebenen der lokalen Verwaltung arbeiteten neben den Juden auch viele Polen, Weißruthenen und Ukrainer, die aber alle keinen ernsthaften Einfluß auf die systematisch geplanten und durchgeführten Verfolgungsmaßnahmen der sowjetischen Unterdrückungsorgane (NKWD) hatten. Dessenungeachtet wurde die Sachlage nach dem bewährten antisemitischen Schema beurteilt, indem man die Schuld von einigen auf die ganze jüdische Gemeinschaft schob. In Wirklichkeit war die jüdische Bevölkerung besonders stark dem Terror der prosowjetischen Kollaboranten und jüdischen NKWD-Agenten ausgesetzt; die letzteren vermochten nämlich die Verhältnisse und das politische Klima in den jüdischen Kreisen besser als andere zu erfassen. Es soll ebenfalls an die unrühmliche Rolle erinnert werden, die von der jüdischen Sektion der Kommunistischen Internationale gespielt wurde, deren Spitzenfunktionäre in der Folge selbst dem stalinistischen Terror zum Opfer fielen.

Bei aller Kompliziertheit der erörterten Probleme läßt die Haltung des überwiegenden Teils der jüdischen Bevölkerung den Schluß zu, daß sie den Interessen Polens entsprach und im Einklang mit der polnischen Staatsraison stand; auch die jüdischen Organisationen in der Welt standen auf seiten Polens. Den Beweis bringen die nachfolgenden Dokumente, die aus jüdischen und polnischen Quellen stammen.

Die geschilderte Episode aus der polnischen Geschichte ist in gewisser Hinsicht symbolisch für das polnische Geschehen, in dem Drama und

von deportierten Juden ist u. a. auch auf die große Anzahl von jüdischen Flüchtlingen aus anderen Gebieten Polens zurückzuführen, die vom Terror mit betroffen wurden. Dennoch gilt es als erwiesen, daß die einheimische jüdische Bevölkerung proportional stärker als die polnische von den Deportationen betroffen wurde. — R. Buczek: *Działalność opiekuńcza Ambasady R. P. w ZSSR w latach 1941—1943* [Betreuende Tätigkeit der Botschaft der Republik Polen in der UdSSR in den Jahren 1941—1943], in: *Zeszyty Historyczne*, Nr. 29, Paris 1974, S. 50.

Tragödie häufig mit nahezu grotesken Elementen eng miteinander verzahnt sind. Die Personae dramatis gehören zu einer Welt, die vom Tode ereilt wurde und die in der einen oder anderen Form zur Vernichtung verurteilt war. Zur gleichen Zeit nämlich, als in den Asylländern, weit von Polen entfernt, die Vertreter zweier Gemeinschaften, die seit vielen Jahrhunderten auf dem gleichen Stück Heimat Erde zusammenlebten, ohne Unterlaß in Streitigkeiten ihre Klingen kreuzten und heftige prinzipielle Diskussionen über Probleme führten, die von der Geschichte schon praktisch überholt waren, wurden in der besetzten Heimat unzählige Polen und Juden in Hinrichtungsstätten, Kerkern und Konzentrationslagern ermordet, in den Wäldern von Katyn erschossen oder gingen in den zahlreichen sowjetischen Gulags zugrunde. Weder die furchtbare Katastrophe des Septembers 1939 noch der Verlust der erst vor zwei Jahrzehnten errungenen Unabhängigkeit vermochten die namhaften Vertreter des polnischen Volkes zum Umdenken und zu einer Neubewertung ihrer Auffassungen und Prinzipien zu bringen, um endlich zu erkennen, daß sie nicht Subjekt, sondern Objekt der Geschichte waren, und um einzusehen, daß sie ihre für Polen so folgenschwere Großmachtträume aufgeben müssen.

Kurz nach diesen Gesprächen fiel auch Frankreich, an das sowohl die polnische als auch die jüdische Gemeinschaft so viel Hoffnungen geknüpft hatte, dem Krieg zum Opfer. Die jüdische Frage wurde im Laufe von einigen Jahren auf eine Art und Weise gelöst, die sich sogar die verbissensten polnischen Antisemiten nicht hätten träumen lassen. Von den Leuten, denen es Anfang 1940 in Paris oder London erschien, daß sie über das Schicksal Polens entschieden, hat fast keiner sein Vaterland jemals wiedergesehen.

Die nachfolgend veröffentlichten Dokumente befinden sich in den Sammlungen des Archivs des Sikorski-Instituts in London: In der Aktensammlung A. 12 (Außenministerium) sind drei Aktenbände unter dem zusammenfassenden Titel „Jüdische Angelegenheiten“ erhalten geblieben, die den Zeitabschnitt 1939—1940 betreffen; sie sind als 851/E, Bände 1—3, ausgezeichnet. Es ist anzunehmen, daß diese Dokumente, die sich auf die ersten vier Monate des Jahres 1940 beziehen, später hinzugefügt wurden; sie tragen die Bezeichnung 851/E ohne Angabe der Nummer des Bandes. Auch sind die Seiten nicht numeriert.¹⁷ Bei dieser Gelegenheit möchte ich mich bei der Leitung des Archivs für die Hilfe bedanken, die mir während meiner Arbeit im Frühjahr 1978 im Sikorski-Institut zuteil geworden ist.

17) Bei manchen Dokumenten wird der Empfänger am Ende der ersten Seite oder am Ende des Schriftstückes genannt; diese Angabe ist bei dem folgenden Abdruck einheitlich an den Anfang gesetzt worden. — In der Vorlage unterstrichene oder gesperrt geschriebene Worte werden gesperrt wiedergegeben.

Dokumente

Nr. 1

1940, 12. Januar, [London].

Brief des zweiten Sekretärs der Polnischen Botschaft in London, Z. Baliński, an den Generalsekretär der „Aguda“ in Großbritannien, H. A. Goodman, über die Einstellung der Regierung Sikorski zur Judenfrage.¹⁸
Durchschlag.

AB/WJ.

12th January 40.

851—e/1.

H. A. Goodman, Esq.,
Joint Palestine Campaign,
Cardigan House,
High Street,
Whitechapel, E. 1.

Dear Mr. Goodman,

In the course of our conversation the other day you mentioned that it would be highly desirable that the Polish Government should make a declaration on the problem of the Jewish Minority. As you remember, I handed you the English text of a declaration of the Polish Government made on the 18th December last and published by the international press. I would now like to draw your attention to some other declarations of General Sikorski, in which he dealt with the problem of national minorities in Poland.

In his first declaration of October 6th, General Sikorski stated:

"I declare, in the name of the Government and my own, that the first aim of the Government of National Unity is to reconstruct a Poland, big and well-governed, which will be equally just towards all her citizens."
(Please excuse the translation, which I am doing now myself from the Polish text.)

During his visit in London, General Sikorski made a speech on the wireless, in which he said:

"In this most difficult moment of our history, when we have been overpowered by the enormous preponderance of the enemy, the whole nation together with the minorities stood spontaneously and firmly by the Polish Flag."

In the course of his speech at the Foreign Press Association luncheon, General Sikorski declared:

"I feel I must say how profoundly my country has been moved by the proof of loyalty given to Poland by the Slav and Jewish minorities. Here is irrefutable proof that the Polish community has emerged intact from the terrible trial to which it has been subjected."

In October, in an order issued to the Army, General Sikorski pointed out the necessity of just and equal treatment of all the soldiers, notwithstanding their nationality or faith.

18) In den Akten befindet sich ein 5 Seiten umfassende Aktennotiz von J. H. Retinger vom 9. 1. 1940 zum gleichen Thema. Sie enthält einige zusätzliche, aber nicht grundsätzliche Elemente. U. a. wird dort gegen die Behauptungen anglo-jüdischer Zeitschriften über den Antisemitismus in den sich in Frankreich bildenden polnischen Verbänden polemisiert und jeder Antisemitismus dementiert. Dieses zusätzliche Dokument wird hier nicht wiedergegeben.

Denying false rumours which appeared in the British press on anti-semitism in the Polish Army, the Chief of the Polish General Staff authorised the Polish News Agency to issue the following communiqué:

"A hostile propaganda has spread false rumours about alleged anti-Jewish tendencies among the officers and ranks of the Polish Army in France. It has even been alleged that Jews who have enlisted with the Polish Army in France have been beaten up and that the French Police had to be called in to establish order. Such reports are devoid of any foundation. No such facts have occurred. There are no anti-semitic tendencies in the Polish Army in France, which is intended to be a National Army to which all citizens of Poland have equal access and equal opportunities of promotion. Reports to the contrary based on false rumours are spread with a view to undermine the spirit of national solidarity which is alive in that army."

As you already know, the National Council of Poland which has recently been formed has also a Jewish representative in the person of Mr. Schwarzbart: the Minister of Foreign Affairs has appointed as Polish Consuls in Palestine — Mr. Rozmaryn and Mr. Szoskies.

Please consider this letter as private: my idea was simply to point out to you that on many occasions the Polish Government have emphasized their aim to base future Poland on democratic principles with just treatment of all minorities, and the object of this letter is to give you some more information on this matter.

Yours sincerely

Z. Baliński

II Secretary of the Embassy.

Nr. 2

1940, 22. Januar, London.

Der polnische Botschafter in London, Edward Raczynski, berichtet dem Außenminister August Zaleski in Angers über den Druck gewisser jüdischer Kreise in der Frage der Veröffentlichung einer Erklärung zur Judenfrage durch die polnische Regierung.

Durchschlag.

AB/MR-No. 851—e/tj/63

London, 22. Januar 1940

2 Anlagen

An den

Herrn Minister für auswärtige Angelegenheiten
in Angers

Ich beabsichtige, Ihnen in nächster Zeit einen Bericht darüber zu schicken, wie sich die hiesigen jüdischen Kreise gegenüber der auf Grund des deutsch-polnischen Krieges und des Auftretens der Sowjetunion gegen uns entstandenen Situation und gegenüber der neuen polnischen Regierung einstellen. Ich hatte schon Gelegenheit, in Gesprächen mit Ihnen sowie mit anderen Mitgliedern der Regierung Ihre Aufmerksamkeit auf eine von einigen Kreisen geführte Aktion zu richten, die uns eine angeblich zielbewußte Schweigsamkeit in jüdischen Fragen vorwerfen und diese Schweigsamkeit mit antijüdischer Einstellung begründen. Ich sehe darin vor allem den Versuch, einen Druck auszuüben, um damit eine uns stärker bindende Erklärung zu erreichen, die

dann in der Folge die Basis für eine weitere Aktion bilden könnte. Diese würde wahrscheinlich zum Ziel haben, uns durch eine neue Form von Minderheitenverpflichtungen zu binden.

Ich bemühe mich darum, mich dieser Aktion entgegenzustellen, indem ich darauf hinweise, daß die neue Regierung schon mehrfach ihrer positiven Einstellung gegenüber allen zum Staat loyal eingestellten nationalen Minderheiten Ausdruck gegeben hat.

In der Anlage erlaube ich mir die Abschrift eines Briefes der Botschaft an Herrn Goodman, den Generalsekretär der „Aguda“, sowie ein Exemplar der Wochenschrift „The Jewish Weekly“ mit einer auf der Grundlage dieses Briefes verfaßten Notiz zu übersenden.

Der Botschafter der Republik
(E. Raczyński)

Abschrift an:

Herrn Minister Professor Kot,
Herrn Vizeminister Dr. Z. Graliński

Nr. 3

1940, 30. Januar, London.

Botschafter Edward Raczyński an den Ministerialrat im Präsidium des Ministerrats in Paris (Hotel Regina) Stefan Danysz wegen der Bitte von W. Żabotyński um eine Audienz bei Ministerpräsident Sikorski.
Durchschlag.

No. 851—8/86

London, 30. Januar 1940

Herrn Ministerialrat
Stefan Danysz
Präsidium des Ministerrats
Hotel Regina
Paris

Vertraulich.

Herr W. Żabotyński, der Präsident der Neuen Zionistischen Organisation in London (47 Finchley Road, N. W. 8), hat sich an die Botschaft mit der Bitte gewandt, ihm eine Audienz bei dem Herrn Ministerpräsidenten in Paris oder in Angers in der Zeit zwischen dem 5. und 8. Februar zu ermöglichen. Seine Person ist dem Herrn General zweifellos bekannt. Er ist ein tüchtiger Mensch, ein guter Redner und Publizist. Er war einer der Initiatoren der jüdischen Legionen im letzten Kriege. Er steht an der Spitze der Neuen Zionistischen Organisation.¹⁹ Er verfügt über einen unbestreitbaren persönlichen Charme.

19) Im Jahre 1920 kristallisierte sich innerhalb der allgemeinen Zionistischen Organisation — in der ganzen Welt wie auch und besonders in Polen — eine extrem nationalistische (antiarabische und antibritische) Fraktion der sogenannten „Zionisten-Revisionisten“ unter der Führung des glänzenden Publizisten und Redners Wladimir Żabotyński heraus. 1931 entstand eine selbständige Partei der Zionisten-Revisionisten, die 1935 aus dem Zionistischen Weltbund austrat und die „Neue Zionistische Organisation“ gründete. Diese war programatisch für den bewaffneten Kampf in Palästina. Dagegen suchte sie einen

Seine Gegner werfen ihm das Fehlen von Augenmaß in der politischen Zielsetzung und mangelnde Konsequenz bei der Verwirklichung der Ziele vor. Er wird von Weizman und seinen Leuten heftig bekämpft. Gegenüber Polen hat er sich immer loyal verhalten. Er ist übrigens auch ein Befürworter einer massenweisen Emigration nach Palästina. In Amerika hat er gewisse Einflüsse, vor allem unter der jungen jüdischen Generation.

Ich meine, daß der Herr General an der Begegnung mit einem überdurchschnittlichen Menschen, wie es Herr Zabotyński zweifellos ist, interessiert sein könnte, und das insbesondere vor seiner Abreise in die Vereinigten Staaten.

Ich werde Ihnen für eine telegraphische Nachricht an die Botschaft über die Entscheidung des Herrn Ministerpräsidenten dankbar sein und insbesondere im positiven Falle für die Mitteilung von Datum und Ort des Empfanges von Herrn Zabotyński.²⁰

[Stempel:]
Per Kurier

(Edward Raczyński)
Botschafter der Republik

Nr. 4

1940, 14. Februar, London.

Attennotiz des Botschafters Edward Raczyński für das Außenministerium über den Verlauf einer Unterredung mit Professor Selig Brodetzky, dem Vorsitzenden der britischen Organisation „Board of Jewish Deputies“ über die polnisch-jüdischen Beziehungen.
Durchschlag.

London, 14. Februar 1940

Ich habe heute eine Unterredung mit Professor Brodetzky, dem anstelle von Laski neu gewählten Vorsitzenden der Organisation „Board of Jewish Deputies“, geführt. Mein Ziel war die Bildung bzw. Erneuerung von Kontakten mit den hiesigen jüdischen Kreisen, von denen Brodetzky zur Zeit wohl der einflußreichste Vertreter ist.

1. Ich habe Herrn Brodetzky mein Bedauern wegen der aggressiven Artikel ausgedrückt, die in letzter Zeit in der hiesigen Presse, vor allem im „Jewish Chronicle“, erschienen sind. Diese Artikel wenden sich gewöhnlich gegen den „Głos Polski“ [Polnische Stimme] und werfen der polnischen Regierung zumindest die Tolerierung eines Antisemitismus vor, gleichzeitig aber erheben sie mehr oder weniger deutlich die Forderung, daß die jüdischen Rechte in Polen nach dem Kriege durch besondere Verpflichtungen gesichert werden müssen nach dem Vorbild des Minderheitenschutzvertrages von vor 20 Jahren.

modus vivendi mit der Sanacja-Regierung in Polen, auch wenn diese eine extrem antijüdische Politik trieb.

20) Es scheint, daß das Treffen Zabotyński — Sikorski wegen der Zurückhaltung des polnischen Ministerpräsidenten nicht zustandegekommen ist. Immerhin dürfte die Absage nicht verletzend gewesen sein; denn in den Akten befindet sich ein späterer Brief des Präsidenten der Neuen Zionistischen Organisation wegen der Berufung eines Vertreters der „Revisionisten“ in den Polnischen Nationalrat, das Ersatzparlament. Genannt wurden dafür drei Kandidaten, Rechtsanwalt Józef Szofman, Dawid Mowszowicz und Jakub Spektor.

Ich habe anschließend im Sinne der mir von dem Herrn Minister Zaleski in London erteilten Direktiven die polnisch-jüdischen Beziehungen charakterisiert, wie sie unter der deutschen und unter der sowjetischen Besatzung herrschen. Ich habe gesagt, daß, während im deutschen Besatzungsgebiet trotz aller Versuche von seiten der Hitlerleute, die Beziehungen zwischen der polnischen und der jüdischen Bevölkerung zu verschärfen, das gemeinsame Leid und die gemeinsamen Sorgen ein Verschwinden der Abneigung und der antisemitischen Stimmungen bewirkt haben, in der sowjetischen Besatzungszone das Bild ein anderes ist. Dort nämlich leiden die wohlhabenderen jüdischen Kreise genauso wie die polnischen, aber zahlreiche Elemente besonders unter den jüngeren Juden haben sich demonstrativ den Okkupanten und ihrem Regime angeschlossen und bemühen sich, der polnischen Nation Schaden zuzufügen. Dadurch bewirken sie Verärgerung und verstärken unzweifelhaft den Antisemitismus. Ich habe weiter gesagt, daß unabhängig von diesem Tatbestand, den wir auf Grund zuverlässiger Quellen feststellen konnten, es nicht in unserer Absicht und auch nicht in unserem Interesse liegt, diese ungünstigen und bedauernden Umstände zu verbreiten.

Ich habe schließlich Herrn Brodetzky versichert, daß die Regierung des Herrn Ministerpräsidenten Sikorski soweit wie nur möglich davon entfernt ist, sich des Antisemitismus zu bedienen, sei es in seinen ideologischen Grundlagen, sei es in der täglichen Praxis. Deshalb sind die mehr oder weniger offenen Ausfälle, die von London aus gegen diese Regierung gerichtet werden, erst recht unerwünscht und auch schädlich für beide Seiten.

Herr Brodetzky teilte diese Meinung und versicherte gleichzeitig, daß die gegen uns gerichteten Angriffe ausschließlich eine Antwort auf frühere, für die Juden ungünstige Äußerungen in der polnischen Presse in Frankreich waren, vor allem im „Głos Polski“. Herr Brodetzky möchte seinerseits den Grundsatz der Vermeidung aller Streitigkeiten von beiden Seiten aus so positiv wie nur möglich anerkennen. Er hat persönlich die Möglichkeit, in dieser Hinsicht den „Jewish Chronicle“ und andere jüdische Organe sowie Publizisten zu beeinflussen. Er drückte die Hoffnung aus, daß ich eine derartige nichtschriftliche Vereinbarung der Regierung vorschlagen werde.

2. Wir haben dann im Gespräch die polnisch-jüdischen Beziehungen nach dem Kriege behandelt. Ich habe Herrn Brodetzky offen gesagt, daß ich in den Äußerungen von jüdischen Kreisen und in Aufsätzen die mehr oder weniger deutlich aufgestellte Forderung gefunden habe, Polen im Verlauf der Verhandlungen nach dem Kriege neuerdings Verpflichtungen gegenüber den Minderheiten aufzuerlegen, die von außen her kontrolliert werden sollten, so wie der frühere Minderheitenschutzvertrag. Ich habe darauf hingewiesen, daß ein derartiges Programm gegenwärtig keine Erfolgschancen hat, weil die Lage Polens und sein Verhältnis zu den Westmächten anders ist als im Jahre 1919. Sogar wenn es auf Grund besonderer Ereignisse möglich wäre, Polen zur Unterzeichnung einer solchen Verpflichtung zu bewegen, dann würde das den Juden keinen Nutzen bringen, sondern, wie die Erfahrung der jüngsten Vergangenheit zeigt, eher Schaden zufügen. Meine Argumente wiederhole ich hier nicht, da sie genügend bekannt sind. Herr Brodetzky antwortete mir darauf, daß jüdischerseits diese Doktrin noch nicht festgelegt ist und daß es einen Streit darüber gibt, ob eine derartige Garantie der Rechte der jüdischen Minderheit auf eine besondere Weise zweckentsprechend ist. Er persönlich ist gegen eine Sicherung der Rechte der Juden als einer Gruppe im Bereich eines Staates auf irgendeine Weise. Indessen sollte man auf die allerwirksamste

Weise die Gleichberechtigung aller Individuen in einem Staat sichern, unabhängig von Nationalität und Bekenntnis.

Diese Diskussion haben wir nicht vertieft, da sie zwar eine grundsätzliche, aber keine aktuelle Bedeutung hat. Ich habe mich mit dem Hinweis begnügt, daß der einzig gangbare Weg, bei der Sicherung der Rechte des Individuums Fortschritte zu erreichen, der ist, daß man diese Rechte als eine allgemeine Regel festlegt, die in allen Staaten gilt und gleichmäßig in allen Staaten einem Schutz unterliegt.

Wir stimmten auch darin überein, daß unzweifelhaft in Polen ein jüdisches Problem besteht, das sich aus der allzu großen Zahl der Juden auf unserem Territorium ergeben hat und das einen unnormalen Zustand unserer Sozialstruktur hervorgerufen hat. Herr Brodetzky hat mir zu verstehen gegeben, daß, wenn die polnische Regierung den Weg der Zusammenarbeit und nicht des Kampfes mit den maßgeblichen jüdischen Elementen wählen sollte, er in der Lage sein werde, Methoden zu vereinbaren, mit deren Hilfe es möglich wäre, den Überschuß von Juden aus Polen in andere Länder abwandern zu lassen.

3. Zum Abschluß machte Professor Brodetzky den Vorschlag, die polnische Regierung sollte ggfls. spontan eine Erklärung veröffentlichen, die als ihr Credo in Minderheitenfragen einschließlich der jüdischen Frage oder auch nur in der jüdischen Frage allein gelten könnte und eine Richtlinie unseres Handelns in der Zukunft darstellen würde. Sie könnte uns eine positive Einstellung des internationalen Judentums sichern.

Wir haben vereinbart, daß wir diese Frage überlegen und sie in nicht zu ferner Zukunft erneut diskutieren werden. Ich möchte das aber erst nach meiner Rückkehr aus Angers und nach Einholung von Instruktionen der Regierung tun.²¹

Nr. 5

1940, 2. März, Angers.

Das Außenministerium schreibt an den Botschafter E. Raczyński wegen der mit den jüdischen Politikern geführten Unterredungen (siehe Nr. 4). Original.

Ministerium für
auswärtige Angelegenheiten
KG

Nr. Pol/851. e/19/40

Angers, 2. März 1940

An den
Herrn Botschafter
der Republik Polen
in London

Im Zusammenhang mit der mir in Angers von Ihnen übergebenen Aktennotiz vom 14. Februar d. J. über Ihre Unterredung mit Professor Brodetzky bitte ich Sie, sich auch in Zukunft bei Gesprächen mit Vertretern jüdischer Kreise an den im erwähnten Gespräch eingenommenen Standpunkt zu halten. Die polnische Regierung hat schon mehrfach und öffentlich ihrer positiven

21) Originaler Vermerk am oberen Rand der S. 1: „Der Herr Botschafter hat [die Notiz] am 25. Februar 1940 nach Angers mitgenommen.“ — In den Akten befindet sich folgende Notiz Raczyńskis vom 2. 3. 1940: „Die beiliegende Notiz

Haltung gegenüber der jüdischen Minderheit Ausdruck gegeben, jedoch ist für die Abgabe einer zusätzlichen Erklärung, die das Credo in Minderheitenfragen oder auch speziell in jüdischen Fragen auszudrücken hätte, jetzt nicht die richtige Zeit.

Für den Minister
[gez. J. Ciechanowski]

Nr. 6

1940, 7. März, London.

Aktennotiz des polnischen Botschafters E. Raczynski über sein Gespräch mit Professor S. Brodetzky am 6. März 1940.

Durchschlag.

ER/MG

London, 7. März 1940

Vermerk über das Gespräch mit Professor Brodetzky am 6. März d. J.

Nach meiner Rückkehr aus Angers und entsprechend der Absprache während seines letzten Besuches am 14. Februar (s. die Aktennotiz) hat mich Professor Brodetzky gestern besucht. Wir haben folgende Punkte behandelt:

1. Ich bin nachdrücklich gegen die von der jüdischen Presse, insbesondere von „Jewish Chronicle“, immer noch geführte Kampagne gegen die polnische Regierung, gegen polnische Presseorgane usw. aufgetreten und habe mich dagegen verwahrt, daß der polnischen Nation im (deutschen) Besatzungsgebiet immer noch ein Antisemitismus in der einen oder anderen Form zugeschrieben wird. Außerdem habe ich (auf Grund der Informationen und Materialien, die ich von Professor Kot in Angers erhalten habe) festgestellt, daß das Verhältnis eines bedeutenden Prozentsatzes der jüdischen Bevölkerungsmassen unter der sowjetischen Okkupation gegenüber der polnischen Bevölkerung feindselig ist und der Natur der Sache nach eine heftige und negative Reaktion den Juden gegenüber hervorrufen muß. Herr B. versuchte, diese letzte Behauptung in Frage zu stellen, und erhob gleichzeitig die Forderung, ihm genauere Angaben zu machen. Soweit es um die unfreundliche Haltung der hiesigen jüdischen Presse uns gegenüber ging, versuchte B., sie auf die eine oder andere Weise in Schutz zu nehmen. Abschließend erneuerte er jedoch seine Versicherungen, daß er bereit sei, einer solchen Aktion entgegenzuwirken, natürlich auf der Basis der Gegenseitigkeit, d. h. falls auch in der polnischen Presse keine antijüdischen Attacken erscheinen.

2. Ich habe Herrn B. eine gewisse Anzahl von Informationen auf Grund der mir vorliegenden Materialien gegeben, insbesondere über die Aufnahme jüdi-

über die Unterredung mit Herrn Brodetzky habe ich am 26. Februar d. J. dem Außenministerium (ebenso Professor Kot) ausgehändigt. Es wurde bestimmt, daß das Ministerium eine Grundsatzinstruktion zu den jüdischen Angelegenheiten vorbereiten solle, die unsere Position präzisierete, und daß es diese mir übersenden solle als Richtlinie für eventuelle weitere Gespräche mit den jüdischen Kreisen. Unterdessen wurde der Gesandtschaft empfohlen, die Kontakte zu diesen Kreisen aufrechtzuerhalten, aber ohne Engagement. /—/ Edward Raczynski.“ (Übersetzung aus dem Polnischen)

scher Vertreter in den Obersten Fürsorgerat (Naczelna Rada Opiekunicza) in Warschau und in die fünfköpfigen Provinzial-Fürsorgeräte auf polnischen Druck hin.

3. Ich habe Herrn B. an den grundsätzlichen Standpunkt unserer Regierung in der Judenfrage erinnert, der seinen Ausdruck in der Zusicherung der Teilnahme jüdischer Vertreter am Nationalrat gefunden hat. Ich habe ihm anschließend (entsprechend der Hinweise von Professor Kot) gesagt, daß wir uns sehr wünschten, daß einige hervorragende Vertreter des „Bund“ in den Westen kommen, die von den sowjetischen Behörden im östlichen Kleinen Polen verhaftet worden sind. Ich nannte die Namen von Erlich, Alter (von dessen Erschießung durch die Sowjets die gestrigen Abendzeitungen berichtet haben)²² und Ein-augler. Ich erwähnte auch die Lemberger Zionisten Sommerstein und Chajes. Herr B. will durch Vermittlung der amerikanischen Juden versuchen, jüdische Persönlichkeiten (auch Herrn Schorr) aus dem sowjetischen Besatzungsgebiet herauszuholen.

4. Herr Brodetsky interpellierte erneut (s. die Notiz vom 14. Februar d. J.) an mich wegen einer Deklaration unserer Regierung in der Judenfrage. In meiner Antwort habe ich eine ganze Reihe der schon bekannten Argumente gegen feierliche Erklärungen unserer Regierung im gegenwärtigen Augenblick zur Judenfrage angeführt. Auch habe ich ihn an die am 18. Dezember v. J. von der Regierung in Angers abgegebene Erklärung erinnert, in der diese u. a. gesagt hat (Text nach der „Times“):

„While not wishing to judge in advance what should be the structure of the Polish State, the Government affirm that Poland shall take its stand on the side of christian principles and civilisation. Poland shall be a democratic state. Her national minorities, which, together with the Polish people took part in the struggle and remained faithful to the State, will be assured justice, free national and cultural development, and due legal protection.“

Herr B. sagte mir nun, daß diese Erklärung sehr wertvoll ist, aber daß sie nicht die Juden als eine der interessierten Minderheiten ausdrücklich erwähnt, was deshalb umso notwendiger erschien, weil es Faktoren gab und noch gibt, die den Juden den Charakter einer Minderheit absprechen wollen.

5. Herr B. erklärte mir, daß er selbst in Begleitung von Herrn Stein, seines Kollegen vom Joint Foreign Committee, im Laufe des Aprils Paris aufsuchen wolle und daß er glücklich wäre, wenn er bei dieser Gelegenheit Kontakt mit kompetenten Vertretern unserer Regierung aufnehmen könnte. Wir haben kurz über dieses Thema gesprochen, wobei ich es vermieden habe, eine eindeutige Haltung dazu einzunehmen, weil das wohl noch verfrüht ist.

6. Zum Abschluß habe ich Herrn B. erklärt, daß ich Herrn Dr. Retinger gebeten habe, mit ihm wie auch mit den von ihm genannten Persönlichkeiten Kontakt zu halten als „agent de liaison“ zwischen den offiziellen polnischen Stellen und den Kreisen des Board of Deputies. Herr B. bat mich, diese Erklärung schriftlich zu bestätigen, was ich versprochen habe.

(Edward Raczyński)
Botschafter der Republik

22) Es handelte sich hier um eine falsche Nachricht. Die beiden wurden im Oktober 1939 in Kowel verhaftet und im Butyrka-Gefängnis in Moskau gefangen gehalten. Erst im Juli bzw. August 1941 wurden beide wegen Sabotage gegen die Sowjetunion zum Tode durch Erschießen verurteilt. Jedoch wurden sie auf Grund der Amnestie, die für polnische Staatsbürger nach dem

Nr. 7

1940, 13. März, London.

Der Vertreter der „Jewish Agency for Palestine“, Selig Brodetzky, bittet den Botschafter E. Raczynski, ihm eine Audienz bei dem Ministerpräsidenten Sikorski während seines geplanten Besuches in London zu vermitteln.

Original.

The Jewish Agency for Palestine.

77. Great Russell Street.
London, W.C. 1.

*His Excellency the Polish Ambassador,
Polish Embassy,
47, Portland Place, W. 1.*

13th March, 1940.

Dear Count Raczynski,

Let me thank you for your letter of the 6th introducing to me Dr. Joseph Retinger.²³ I shall be very happy to meet him; I understand that I shall be doing so at lunch next Sunday.

Believe me to be,
Yours faithfully,
[gez. S. Brodetzky]

P. S. I understand that General Sikorski is coming to London, and it occurs to me that it might be a useful thing if I were to meet him on this occasion so as to make it easier for me when I go to Paris. I think that a conversation with General Sikorski here in London need only be for a few minutes, and probably only formal, but I think it would simplify matters. Perhaps you will be good enough to arrange it.

Abkommen zwischen der polnischen Exilregierung und der Sowjetregierung galt, aus den Todeszellen befreit und von der NKWD ehrenvoll und liebedienlich behandelt. Infolge ihrer Kontakte mit der polnischen Regierung und der geplanten Kooptierung in den Londoner Nationalrat wurden sie aber am 3. 12. 1941 in Kujbyšew auf Befehl Stalins erneut verhaftet und kurz darauf zum zweiten Mal zum Tode verurteilt und erschossen, und das auf Grund einer geradezu monströsen Beschuldigung, daß sie mit der Gestapo zusammenarbeiteten.

23) Dr. Józef H. Retinger war eine etwas mysteriöse Gestalt im polnischen politischen Leben. In den 1930er Jahren unterhielt er gute Beziehungen zu politischen Kreisen in Großbritannien. In diesen Jahren freundete er sich mit General W. Sikorski an. Nach dessen Ernennung zum Premierminister der Exilregierung spielte Retinger die Rolle des Intimus und Vertrauensmannes von Sikorski. Schon seit 1940 betrieb er eine Politik der Annäherung an die Sowjetunion. Das ist wahrscheinlich die Hauptursache für die negative Beurteilung seiner Person in der exilpolnischen Historiographie. Die Gestalt Retingers und seine Rolle verdienen zweifellos eine genauere Erforschung. Vgl. J. Retinger: *Memoirs of an Eminence Grise*, hrsg. von J. Pomian, London 1972.

Nr. 8

1940, 14. März, [London].

Botschafter Raczyński unterrichtet den Vertreter der polnischen Regierung Dr. Józef Retinger über die ihm anvertraute Aufgabe, die Gespräche mit den jüdischen Politikern fortzusetzen.

Durchschlag.

ER/MG

14. III. 40.

Herrn

Dr. Józef Retinger

Sehr geehrter und lieber Herr,

In der Anlage übersende ich Ihnen die Abschrift eines Briefes, den ich heute morgen von Herrn Brodetzky erhalten habe. Wenn Sie ihn wirklich am Sonntag beim Lunch treffen werden, dann wollen Sie mich bitte dafür entschuldigen, daß ich ihm nicht unmittelbar geantwortet, sondern diese Antwort Ihnen anvertraut habe. Soweit es um die Sache geht, so meine ich, daß es nicht angezeigt wäre, daß der Herr Ministerpräsident sich hier einem Treffen mit Herrn Brodetzky entzieht.²⁴ Andererseits bin ich weiterhin der Ansicht, daß auch ein mehr oder weniger offizieller Besuch von Herrn Brodetzky in Paris oder Angers zumindest zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht erwünscht ist. Ein Gesichtspunkt dafür ist neben einer Reihe anderer: Herr Brodetzky ist nur Vertreter des englischen Judentums und hat keinen unmittelbaren Einfluß auf die Juden in anderen Ländern, z.B. auf die Juden im sowjetischen Okkupationsgebiet. Der Kontakt mit ihm kann sehr wichtig sein, aber es gibt gar keinen Grund dafür, ihn offiziell werden zu lassen. Indessen strebt Herr Brodetzky geradezu „Verhandlungen“ zwischen ihm und der polnischen Regierung an. Ich bin der Meinung, daß man ihn sich warm halten, aber seinen Bestrebungen nicht nachgeben soll.

/—/ E. Raczyński

Nr. 9

1940, 19. März, London.

Der Vertreter der polnischen Regierung Józef H. Retinger berichtet dem Botschafter E. Raczyński über den Verlauf seiner ersten Gespräche mit Brodetzky (im Original: Brodetzki).

Original.

Garrick Hotel
3, Charing Cross Road.
London W.C. 2.

19. 3. 1940

[Stempel:] Geheim

Sehr geehrter Herr Botschafter,

Am Sonntag habe ich mich mit Professor Brodetzky beim Lunch bei Frau C. Sokołow²⁵ getroffen, aber da dort eine größere Gesellschaft versammelt war,

24) Zu der Audienz beim Ministerpräsidenten kam es nicht, sicherlich wegen der fehlenden Zustimmung von General Sikorski.

25) Der Salon von Frau Celina Sokołow diente jahrzehntelang als Treffpunkt polnischer und jüdischer Intelligenz.

konnten wir außer einem interessanten Gedankenaustausch allgemeiner Art keine Diskussion über jüdische Fragen führen. Darum hat mich Herr Professor Brodetzky für Montag, den 18. 3. 1940, zum Lunch eingeladen.

Gestern habe ich mit ihm zwei Stunden lang zusammengesessen und hatte eine außergewöhnlich interessante Unterredung.

Ich habe ihm zunächst erklärt, daß ich mit ihm in einer strikt „private capacity“ spreche, daß ich aber „in close touch“ mit Ihnen und der polnischen Regierung stehe und daß, wenn sich aus unseren Gesprächen etwas Konkretes ergäbe, ich dieses den entscheidenden Persönlichkeiten vorlegen könne. Auf jeden Fall habe ich gesagt, daß alle Gespräche in jüdisch-polnischen Angelegenheiten höchst erwünscht sind.

Professor Brodetzky begann auf recht aggressive Weise damit, daß es notwendig sei, polnischerseits gewisse Erklärungen oder Verpflichtungen bezüglich der Juden abzugeben. Ich habe darauf geantwortet, daß erstens derartige Erklärungen schon abgegeben worden sind und daß zweitens schon Tatsachen vorliegen, wie die Ernennung von Herrn Schwarzbart zum Mitglied des Nationalrats und der Herren Rozmaryn und Szoskies zu polnischen Konsuln in Palästina, schließlich drittens, daß die ganze politische Vergangenheit des Generals Sikorski und seiner wichtigsten Mitarbeiter, nämlich von Minister Zaleski und Professor Kot, den Beweis ihrer liberalen Einstellung zu jüdischen Fragen erbringt.

Professor Brodetzky kannte (zu meiner Verwunderung) die Regierungserklärung nicht, also habe ich versprochen, sie ihm zugänglich zu machen. Zum zweiten Punkt erklärte er, daß zwar einige Juden sich in niedrigeren offiziellen Stellungen befinden, aber daß dafür zur Regierung bekannte Judenfeinde gehören, wie die Minister der Nationalpartei, der frühere Chef des OZN, Oberst Koc, sowie General Haller. Ich erwiderte, daß die Judenfrage nicht die einzige wichtige innenpolitische Frage Polens ist, sondern daß es noch andere nicht weniger wichtige Fragen gibt, vor allem die Koalition der verschiedenen Parteien um die Person des Herrn Ministerpräsidenten, und daß einzig und allein die Judenfrage in keiner Weise die Regierung in der Auswahl des Regierungspersonals leiten kann. Ich habe diesen Moment des Gesprächs dazu benutzt, die Tatsache zu unterstreichen, daß weder die Juden noch die Polen in irgendeiner Weise die Judenfrage als die wichtigste Frage in Polen ansehen könnten, sondern lediglich als eine von mehreren wichtigen Fragen, und daß die Polen sich in gar keiner Weise jüdische Einflußnahmen in Grundsatzfragen auferlegen lassen werden.

Zum Punkt 3 kannte Professor Brodetzky die Lebensgeschichte von General Sikorski und seiner Mitarbeiter nicht, also erläuterte ich ihm diese und fügte hinzu, daß General Sikorski schon in seinem Exposé im Sejm im Jahre 1923 eine sehr liberale Haltung gegenüber den loyalen Juden Polens eingenommen habe.²⁶

26) Retinger nutzte hier deutlich die Unkenntnis seines Gesprächspartners bezüglich der „Vorgeschichte“ des Generals Sikorski aus. In Wirklichkeit stand dieses Argument im Widerspruch zur historischen Wahrheit. General Sikorski wurde zum Ministerpräsidenten am 16. 12. 1922 ernannt, d. h. am Tage der Ermordung des ersten Staatspräsidenten Gabriel Narutowicz, der ja eine hysterische antisemitische Kampagne der politischen Rechten und eines Teiles der katholischen Geistlichkeit vorangegangen war. Der neue Ministerpräsident hatte die Unterstützung der linken Parteien und der nationalen Minderheiten, vor allem auch der Juden. Man erblickte in ihm nämlich den „starken Mann“, der in der Lage sein werde, die aggressiven, dem Faschismus nahestehenden

Dieses Argument überzeugte Herrn Brodetzky sehr, und nun begann eine allgemeine Diskussion über die polnisch-jüdische Zusammenarbeit nach dem Kriege, doch habe ich mich von vornherein dagegen verwahrt, daß es uns nicht um eine spezielle Hilfe der Juden während des Krieges geht, da Juden und Polen ohnehin nur einen Gegner und nur ein gemeinsames Ziel haben, nämlich den Sieg der westlichen Demokratien.

Ich habe dagegen festgestellt, daß man das ganze jüdisch-polnische Problem nicht unter dem Gesichtspunkt irgendwelcher Deklarationen oder Verpflichtungen der einen oder anderen Seite betrachten könne, sondern daß man diese Probleme in einem sehr viel breiteren und dauerhafteren Rahmen sehen müsse. Ich sagte, daß ich persönlich alle Lösungen, die zionistische, die Emigrationslösung und die Assimilationslösung als palliative [halbe] Lösungen betrachte, denn es ist und bleibt eine Tatsache, daß die Juden auch künftig in Polen sein und daß sie ein in gewisser Weise von dem Rest der polnischen Bürger abgetrenntes Element darstellen werden. Die einzige Lösung der Judenfrage in Polen sei also die, die durch die Tatsachen und die Geschichte geboten sei, und zwar die Zusammenarbeit von Juden und Polen auf dem Gebiet Polens, so daß erreicht werde, daß die polnischen Juden genau so loyale Staatsbürger des polnischen Staates würden wie die englischen Juden loyale Staatsbürger Großbritanniens sind.

Damit aber eine solche Atmosphäre in Polen herrschen könne, sei eine loyale Zusammenarbeit beider Elemente, gestützt auf gegenseitiges Vertrauen und vor allem auf beiderseitigem gutem Willen²⁷ notwendig. Dieses habe zur Zeit nur die polnische Regierung wie auch die Juden im Lande selbst demonstriert. Zwar könnten die englischen Juden in keiner Weise die Interessen und Tendenzen der polnischen Juden repräsentieren, doch könnte ihre Mitarbeit, insbe-

Elemente der Rechten und einiger Militärkreise niederzuringen. Zur Überraschung der jüdischen öffentlichen Meinung enthielt aber die programmatische Ansprache des Ministerpräsidenten vor dem Parlament vom 19. 1. 1923 einen Abschnitt zur Judenfrage, in dem provozierende antisemitische Thesen enthalten waren. Namens des jüdischen Klubs polemisierte deshalb Dr. Ozjasz Thon mit dem Ministerpräsidenten, doch in einer solchen Weise, daß dadurch „die Brücken nicht verbrannt“ werden sollten. Trotzdem verschärfte Sikorski in seiner Antwort die Bösartigkeit der auf die Juden bezüglichen Feststellungen. Die Absicht des Ministerpräsidenten war dabei deutlich die, daß er eine Verständigung mit der Rechten anstrebte und nicht wünschte, daß die Stimmen der jüdischen Abgeordneten ihm die Mehrheit brachten, wie das bei der Wahl des Präsidenten Narutowicz der Fall gewesen war. In dieser Situation stimmten die jüdischen Abgeordneten zusammen mit den rechten Abgeordneten gegen ein Vertrauensvotum für Sikorski. — Sikorski war ein kategorischer Gegner der Außenpolitik Józef Beck's. Dagegen bezogen beide in der Juden- und Kolonialfrage vor dem Zweiten Weltkrieg einen fast identischen Standpunkt. In dem nicht veröffentlichten „Dziennik“ [Tagebuch] Sikorskis im Warschauer „Archiwum Akt Nowych“ [Archiv Neuer Akten] befindet sich in Heft 5 folgende Eintragung: „Polen muß eine Unterbringung für seine Juden finden und sich zugleich die Zufuhr von Rohstoffen, hauptsächlich Eisenerz, sichern. Diese beiden Motive begründen unsere kolonialen Forderungen ...“ (siehe W. Korpalska: Władysław Eugeniusz Sikorski. Biografia polityczna [W.E.S., eine politische Biographie], Breslau u. a. 1981, S. 157). Sikorski wiederholte dieselben Ideen, als er die Ziele der Exilregierung formulierte.

27) Im Original unterstrichen.

sondere nach dem Krieg, wie auch ihre Ratschläge und Fingerzeige für die polnischen Juden unerhört wichtig sein.

Zu meiner Verwunderung erklärte sich Brodetzky mit diesem Standpunkt einverstanden, ja, er erkannte sogar an, daß es eine große Möglichkeit zum Zusammenwirken gibt und daß die Zukunft einiger Millionen seiner Glaubensgenossen von dieser Zusammenarbeit abhängt.

Bei dieser Gelegenheit gab ich ihm leichthin zu verstehen, daß das Schergewicht der Situation vor allem auf den Juden ruht und auf ihrer Loyalität uns gegenüber, denn das jüdische Interesse daran sei größer als das polnische.

Darauf erklärte Brodetzky, daß die letzten Jahre in Polen die jüdischen und polnischen Elemente gegeneinander aufgebracht hätten, daß sogar in letzter Zeit gewisse Tatsachen zu verzeichnen seien, die ihm nicht erlauben, meinen Standpunkt ohne große Reserven anzunehmen.

Ich habe geantwortet, daß es auch Tatsachen gibt, die nicht für die jüdische Loyalität gegenüber Polen sprechen, selbst wenn wir die russophile Haltung des jüdischen Proletariats in den von den Sowjets besetzten Gebieten übergehen. Auch wenn wir weiterhin die antipolnische Einstellung des Weltjudentums während der letzten 20 Jahre übergehen, dann bleiben immer noch die Tatsachen antipolnischer Intrigen in der amerikanisch-jüdischen Presse und sogar auch in der englisch-jüdischen Presse, und das auch im „Jewish Chronicle“, der ihm (Brodetzky) so nahesteht.

Ich habe unterstrichen, daß jetzt, da die polnische Regierung durch ihre Aktionen und Deklarationen den Willen gezeigt hat, das gute Zusammenleben zwischen Juden und Polen wiederherzustellen, die erste Bedingung der beiderseitigen guten Wille ist, den der Herr Botschafter im Gespräch mit Professor Brodetzky bereits bewiesen hat und dessen weiterer Beweis nun mein eigenes Gespräch mit Brodetzky ist, das ja von Herrn Botschafter angeregt wurde. Das heißt also, es muß auch guter Wille von seiner Seite feststellbar sein, und ich verspreche ihm für die Zukunft, daß, wenn die Juden von irgendeinem Faktum eines offiziellen Antisemitismus (in der Armee oder in den Ämtern) erfahren sollten und dem Herrn Botschafter oder mir davon Nachricht gäben, diese Frage sofort von der polnischen Regierung geklärt werden würde.

„Ich bin überzeugt, daß Sie recht haben, und ich stelle fest, daß ich meinerseits den besten Willen habe, aber was kann man tun?“, sagte darauf Herr Brodetzky.

Ich habe ihm geantwortet, daß alle Deklarationen nutzlos sind, wenn man nicht das Problem versteht, daß unsere heutige Arbeit die Erziehung der zueinander unfreundlich eingestellten Volksmassen sein muß, damit sich überhaupt die Atmosphäre eines beiderseitigen Vertrauens bilden kann.

„Sie haben mich mit Ihren Argumenten überzeugt“, sagte Herr Brodetzky, „Sie müssen mir aber noch verschiedenartige Informationen zur Verfügung stellen, damit ich meine 400 000 Glaubensgenossen auch überzeugen kann“.

Ein erstes Argument dieser Art wird eine kleine Broschüre über die von den Deutschen in Polen vorgenommenen Judenverfolgungen sein, sagte ich ihm, und erläuterte ihm Einzelheiten dieser geplanten Veröffentlichung. Er nahm dieses Projekt sehr günstig auf.

Von diesem Augenblick an begann das Gespräch sehr freundschaftlich zu werden.

Er schlug mir vor, mich mit Professor Laski und Herrn Stein bekannt zu machen, da, wie er erklärte, diese die wichtigsten Persönlichkeiten im politischen Leben der Juden in England sind, und außerdem bat er, engen unmittel-

baren Kontakt mit mir aufrecht erhalten zu können. Natürlich habe ich mich damit gerne einverstanden erklärt.

Anschließend fragte er mich, was ich von seinem Wunsch halte, dem Ministerpräsidenten während seines Aufenthaltes in London einen Besuch abzustatten. Ich habe geantwortet, daß der Herr Botschafter ihm gern einen solchen Kontakt erleichtern würde; als er aber sehr offen von seinem Plan zu sprechen begann, im April nach Paris zu reisen, um das ganze polnisch-jüdische Problem mit dem Ministerpräsidenten und den Mitgliedern der polnischen Regierung durchzudiskutieren, fragte ich ihn, welches praktische Ergebnis eine derartige Diskussion haben könne, solange er keinen Plan oder das Konzept einer Vereinbarung vorzulegen habe. Ich riet ihm deshalb, daß er vor einem derart wichtigen Gespräch zusammen mit seinen englischen Kollegen und vor allem im Einvernehmen mit den polnischen Juden ein Projekt für die künftige polnisch-jüdische Zusammenarbeit aufstellen solle. Ein derartiges Projekt könnte folgende Formen haben: 1) eines allgemeinen Memorandums, 2) eines Plans einer Zusammenarbeit nach dem Kriege oder 3), wie ich andeutete, auch einer nicht-offiziellen gemeinsamen Kommission. (Dieser letzte Punkt gefiel Herrn Brodetsky offensichtlich nicht, denn er gab mir zu verstehen, daß man auf diese Weise eine Konkurrenz zum „Board of Jewish Deputies“ schaffen würde.)

Im Grundsatz nahm er aber meinen Ratschlag günstig auf, sich um eine längere Konferenz mit dem Ministerpräsidenten erst dann zu bemühen, wenn man schon über etwas Konkretes sprechen kann und wenn die englischen Juden (vielleicht zusammen mit den amerikanischen) mit den polnischen Juden eine Vereinbarung darüber treffen, wie ihr Beitrag und ihre Hilfe zu einer normalen Entwicklung der jüdisch-polnischen Beziehungen aussehen könnte.

Bei dieser Gelegenheit habe ich festgestellt, daß die Argumente des Herrn Botschafters bezüglich spezieller Klauseln für die Juden in einem Friedensvertrag oder in der Verfassung ihn völlig überzeugt haben und daß er nicht die Absicht hat, diese Frage noch einmal aufs Tapet zu bringen.

Professor Brodetsky schloß dieses lange Gespräch mit dem Wunsch, daß ich mich mit ihm und seinen Kollegen häufig treffen soll.

Mit vorzüglicher Hochachtung
[gez. J. H. Retinger]

Nr. 10

1940, 31. März, Paris.

Der Chargé d'Affaires der polnischen Regierung in Paris Dowgalewski berichtet dem Außenminister August Zaleski in Angers über ein Gespräch mit I. Schwarzbart, dem Vertreter der jüdischen Bevölkerung im polnischen Nationalrat.

Durchschlag.²⁸

28) Auf dem der Botschaft in London übermittelten Durchschlag befinden sich folgende Bleistiftnotizen des Botschafters Raczyński: „Ein interessanter Bericht! Herrn Dr. Retinger zur Kenntnisnahme im Zusammenhang mit seinen Gesprächen, u. a. wegen der Attacken des Jewish Chronicle auf den Głos Polski, deshalb, weil dort eine Anzeige erschienen ist, daß man einen ‚christlichen‘ Ingenieur suche. E. R.“ — Der Name Schwarzbart wird im Betreff mit t, im Brieftext mit d geschrieben.

Betr.: Gespräch mit dem Nationalrat Schwarzbart

An den Herrn Minister für auswärtige Angelegenheiten
in A n g e r s

Am 26. März d. J. hat mich Herr Schwarzbart, Mitglied des Nationalrats, aufgesucht und in längeren Ausführungen mir seine Anschauungen mitgeteilt, welche Richtung man der Politik der polnischen Regierung in der Judenfrage geben solle. Das Gespräch hatte den Charakter eines völlig privaten Gedankenaustausches, jedoch halte ich es für meine Pflicht, dem Herrn Minister die wichtigsten Punkte mitzuteilen.

Nach den Beobachtungen von Herrn Schwarzbart hat die Stimmung innerhalb des Weltjudentums gegenüber Polen in der letzten Zeit eine Verschlechterung erfahren. Vor allem ist das in den Vereinigten Staaten festzustellen, wo Nachrichten über die angeblichen Verfolgungen von Juden in der polnischen Armee einen sehr schlechten Eindruck gemacht haben. Außerdem empfindet man in jüdischen Kreisen eine gewisse Enttäuschung darüber, daß die polnische Regierung bisher eine erhebliche Reserve bei der Behandlung der Judenfrage an den Tag legt und ihrer Einstellung dazu bisher nicht deutlich Ausdruck gegeben hat.

Nationalrat Schwarzbart, der mit Nachdruck seine persönliche Haltung eines loyalen polnischen Juden unterstrich, ist der Meinung, daß es für die gute Sache unerlässlich ist, die Situation zu klären, und damit das erreicht werden kann, sollte die polnische Regierung seiner Meinung nach Gespräche mit den Juden beginnen und ihre Haltung zum Gesamtproblem der Juden in Polen erläutern. Herr Schwarzbart organisiert zur Zeit eine allgemeine Vertretung der polnischen Juden, die sich aus Delegierten der jüdischen Organisationen aus dem Lande selbst, aus den verbündeten und aus den neutralen Ländern zusammensetzen soll. Außerdem machte er den Vorschlag, nach Amerika eine polnische Delegation zu senden, zu der auch ein Vertreter der Juden gehören sollte. Gegebenenfalls wäre er selbst bereit, die Rolle des jüdischen Vertreters in einer solchen Delegation zu übernehmen.

Herr Schwarzbart erwähnte, daß er mehrfach mit dem Herrn Ministerpräsidenten und mit Mitgliedern der polnischen Regierung konferiert habe, daß aber bisher diese Gespräche keine konkreten Entscheidungen nach sich gezogen hätten, was er bedauert.

Ich unterstrich, daß ich nur meine persönliche Meinung äußere, und sagte Herrn Schwarzbart, daß die Judenfrage nach meiner Meinung zwei völlig verschiedene Aspekte habe: Der erste ist die Frage der völligen Gleichbehandlung der Juden wie der anderen polnischen Staatsbürger. Der zweite betreffe eventuelle jüdische Forderungen, sie in gewissen Bereichen als eine besonders privilegierte Minderheit zu betrachten. Ich berief mich auf die bisher in Frankreich betriebene Politik der Botschaft gegenüber den Juden und versicherte Herrn Schwarzbart, daß die Absicht der Regierung unzweifelhaft die Beseitigung alles dessen ist, was den Charakter einer Benachteiligung im Vergleich mit anderen polnischen Bürgern haben könne. Wenn also die Juden in Zukunft in Polen die gleichen Bedingungen im staatlichen und sozialen Leben wie in Frankreich und England haben wollten, dann würde die Lösung der Judenfrage nicht die geringsten Schwierigkeiten bereiten. Wenn es ihnen aber um den Status einer privilegierten Minderheit geht, dann scheint es mir, daß diese Frage zur Zeit nicht

behandelt werden kann, weil unbekannt ist, in welchen Formen überhaupt die Minderheitenfrage in Polen gelöst werden wird, und daß es schwierig ist, vorher festzustellen, welche Stimmung die Regierung nach ihrer Rückkehr ins Land vorfinden wird.²⁹

Ich fügte hinzu, daß die zur Zeit von jüdischer Seite vorgebrachten Ansprüche ungerechtfertigt sind und daß ihre Hervorhebung nur einen *circulus vitiosus* hervorruft. Tatsächlich kann doch die Regierung der Nation keine Sympathien für die Juden aufoktroyieren, wenn diese uns gegenüber eine unfreundliche Haltung einnehmen. Die Nachrichten über die antipolnische Einstellung zum Beispiel der amerikanischen Juden können die Verärgerung unter den polnischen Volksmassen zweifellos nur verschärfen, was wieder eine noch unfreundlichere Einstellung der Juden im Ausland gegenüber den Polen hervorrufen würde. Die einzige Möglichkeit, aus dem *circulus vitiosus* herauszukommen, wäre die Einnahme eines betont propolnischen Standpunktes durch das Judentum in der Welt auf einem internationalen Forum, denn nur dann können die Verdächtigungen und die Vorurteile der polnischen Nation gegenüber den Juden beseitigt werden. Indessen reagieren die Juden auf den kleinsten Zwischenfall in aggressiver und mit der Bedeutung dieses Zwischenfalls in keinem Verhältnis stehenden Form, womit sie die Verständigung nur erschweren.

Herr Schwarzbart gab zu, daß die Nervosität der Reaktion und die Neigung, kleine Zwischenfälle aufzubauschen, ein negativer Zug des jüdischen Charakters ist und daß bei Mißverständnissen mit der polnischen Nation die Juden einen bedeutenden Teil der Schuld tragen. Jedoch sprach er im folgenden ausführlich über die Notwendigkeit, daß die polnische Regierung sofort Gespräche über die künftige Regulierung der Situation der Juden in Polen beginnt, und das sowohl im Bereich ihrer staatsbürgerlichen Gleichstellung als auch bezüglich der Garantie der Möglichkeiten, ein eigenes religiös-kulturelles Leben zu entwickeln. In diesem Bereich betonte Herr Schwarzbart, daß hier das Problem vor allem beim Schulwesen liegt.

Aus dem ganzen Gespräch, von dem ich oben nur die wichtigsten Punkte angeführt habe, wurde klar, daß Herr Schwarzbart sich die Verständigung der Juden mit der polnischen Regierung in der Form eines „Vertrags“ vorstellt, der für die Zukunft bindende Verpflichtungen über die Rechte und Privilegien der Juden in Polen enthalten soll.

Unabhängig von den Ausführungen des Herrn Schwarzbart möchte ich betonen, daß die Beobachtung des hiesigen Terrains deutlich macht, daß eine gewisse Verringerung der Bestrebungen der jüdischen Organisationen, sowohl der internationalen wie der polnischen, [eingetreten ist], Kontakte mit uns aufzunehmen. U. a. [ist festzustellen], daß während es am Anfang des Krieges kaum einen Tag gab, an dem nicht Vertreter dieser Organisationen die Botschaft aufgesucht hätten, sie sich jetzt nur noch sehr selten melden.

/—/ *Chargé d'Affaires a[d] i[n]terim*

Empfänger:
der Herr Botschafter der
Republik Polen in London.

29) Der Berichterstatler wiederholt hier die alten Argumente der national-demokratischen Politiker oder später der Sanacja-Politiker zur Judenfrage über die Behandlung der Juden auf der Grundlage der Gleichberechtigung nach dem Vorbild Englands und Frankreichs. Das hatte angesichts der polnischen Verhältnisse einen rein demagogischen Charakter. Das Verlangen, die dreieinhalb

Nr. 11

1940, 9. April, Angers.

Das Außenministerium übersendet den polnischen Botschaftern in London und Washington sowie dem polnischen Chargé d'Affaires in Paris Abschriften eines politischen Berichts von Dr. H. Rosmarin, des polnischen Generalkonsuls in Palästina, bezüglich der Politik des Weltjudenkongresses gegenüber der Sowjetunion.

Begleitbrief: Original; Bericht: Abschrift.

Ministerium für
auswärtige Angelegenheiten
KG

Angers, den 9. April 1940

Nr. Pol/632a/6/40.

Geheim

Das Außenministerium übersendet beiliegend die Abschrift des Berichts des polnischen Generalkonsuls in Tel Aviv Nr. 52/pl/9 vom 29. März d. J. bezüglich der Einstellung des Weltjudenkongresses zu Sowjetrußland und der Notwendigkeit einer antibolschewistischen Propaganda.

Angeichts der großen Möglichkeiten, die die internationalen jüdischen Organisationen in diesem Bereich haben, sollte man die in dem Bericht genannten Umstände (soweit sie der Wirklichkeit entsprechen) zur Verbreiterung unserer Propagandaaktion über den Ostteil Polens ausnutzen, insbesondere über die unendlichen Leiden der dortigen Bevölkerung und der bejammernswerten Folgen des sowjetischen Regimes.

Das Außenministerium macht auf diese Umstände aufmerksam, weil die Propaganda der westlichen Staaten aus uns gut bekannten Gründen die Situation im östlichen Okkupationsteil Polens im Unterschied zum westlichen nicht in genügender Weise berücksichtigt.

Für den Minister
[gez. J. Ciechanowski]

Verteiler:

Der Herr Botschafter der Republik Polen in London

Der Herr Botschafter der Republik Polen in Washington

Der Herr Chargé d'Affaires der Republik Polen in Paris

Konsulat der Republik Polen

in Tel Aviv

Tel Aviv, den 29. März 1940

Nr. 52/Pl/9

Politischer Bericht

Vertraulich

11 Anlagen

An das

Ministerium für auswärtige Angelegenheiten

Kabinetts des Ministers

in Angers

Im Zusammenhang mit der politischen Aktion für die polnischen Juden gebe ich dem Ministerium folgende Informationen:

Millionen Juden als nationale Minderheit anzuerkennen und ihnen eine gewisse national-kulturelle Autonomie zu gewähren (Anerkennung des Jiddischen, jiddische Schulen und eine autonome Vertretung) wurde als Forderung nach Privilegien angesehen.

Der Weltjudenkongreß ist zu der Überzeugung gelangt, daß in nächster Zeit eine Propaganda auch gegen Sowjetrußland in weitem Umfange begonnen werden muß. In ernst zu nehmenden politischen Kreisen der Juden herrscht die Überzeugung vor, daß ein Sieg im Krieg mit den Deutschen unvermeidlich auch den Zusammenbruch des Bolschewismus und von Stalin in Rußland zur Folge haben wird. Die jüdischen politischen Kreise, die mit dem Weltjudenkongreß und mit dem American Jewish Congress zusammenarbeiten, sind entschlossen, einen entsprechenden Propagandaapparat vorzubereiten, der die mörderischen Folgen der Aktivität des Bolschewismus für das russische Judentum aufzeigen soll, insbesondere für das polnische Judentum unter sowjetischer Besatzung. Damit verbindet sich natürlich in erster Linie auch das Interesse Polens. Eine Propaganda gegen Sowjetrußland wird in der Gegenwart ernsthaft nicht geführt, weder in Westeuropa noch in Amerika.

Die Tatsache, daß Sowjetrußland auf hinterhältige Weise polnische Gebiete geraubt hat, wird in der englischen und französischen Presse, die von den [entsprechenden] Regierungen kontrolliert wird, der öffentlichen Meinung nur schamhaft mitgeteilt. Hier taucht immer noch die Geschichte von der Curzon-Linie auf, die im gegenwärtigen Moment für die Diplomatie beider Länder bequem erscheint. Das entbindet uns aber nicht von der Pflicht, nichts unversucht zu lassen, um die Tätigkeit des bolschewistischen Rußland, seine Politik, seinen Imperialismus, sein Verhältnis zur Religion, zum Privateigentum, und insbesondere seine Verbindung mit Hitler und infolgedessen seine Okkupation eines großen Teiles Polens der öffentlichen Meinung in der Welt in angemessener Weise als verderblich für die Zivilisation, für den wirklichen Fortschritt und für den wirklichen Frieden darzustellen. Eine Verbindung dieser Propaganda gegen Sowjetrußland mit einer Propaganda für Polen, insbesondere für die Rückgabe der von Sowjetrußland besetzten polnischen Gebiete, liegt nach meiner tiefsten Überzeugung auch im Interesse der Juden. Deshalb habe ich auch in dieser Hinsicht in den beiden oben genannten jüdischen Organisationen intensive Bemühungen in Gang gesetzt, die nach meiner Meinung zu den gewünschten Resultaten führen werden.

In der Anlage übersende ich eine Anzahl von Nachrichten, Artikeln und Korrespondenzen, die in der hiesigen Presse erschienen sind und die polnischen Angelegenheiten betreffen, insbesondere:

- 1) Einen Bericht über eine Pressekonferenz, auf der Dr. M. Kleinbaum über das Leben der Juden unter den sowjetischen Okkupanten in Polen berichtet hat.
- 2) Mitteilungen: a) aus „Haaretz“ eine Notiz über „Rydz-Śmigły und seine Genossen“, b) aus „Hamaszkif“: „Die Gattin des polnischen Regierungschefs Władysław Sikorski ist aus Warschau herausgekommen“, c) „Das Polnische Weißbuch“, d) „Der Papst und Hitler“, e) „Der Nazi-Eroberer in Polen vertreibt Polen“, f) „Minister August Zaleski hat insgeheim London aufgesucht“ (Hamaszkif), g) „Über die jüdische Gefahr in Polen“ (Hamaszkif), h) „Ein Teufelszug“ (Hashaa), i) „Verbesserung der Beziehungen zwischen Polen und Juden unter der deutschen Okkupation“ (Haboker).
- 3) Aus „Hashaa“ eine Nachricht aus New York mit der Überschrift: „General Haller über ein Gespräch am runden Tisch in der Judenfrage“.
- 4) Aus „Hashaa“: „Aus dem Munde polnischer Flüchtlinge in Triest“.
- 5) Aus „Hashaa“: „Einige Kalendernotizen aus dem Februar in Polen“.

Ich bitte höflich darum, das Material nach Gebrauch der Zentrale für Information und Dokumente in Paris zu übergeben.³⁰

—/— Dr. Rosmarin
Generalkonsul der Republik Polen

Nr. 12

1940, 18. April, London.

Der Direktor des Polnischen Büros für politische Forschungen in London, Zygmunt Graliński, berichtet Botschafter E. Raczynski von dem Besuch S. Brodetzky in Angers und von einem etwas unglücklichen Projekt des Stellvertretenden Ministerpräsidenten Stanisław Kot.

Original.

Polnisches Büro für politische Forschungen
in London

32, Chesham Place, S.W. 1
18. April 1940

Streng vertraulich

An den
Herrn Botschafter der Republik Polen
in London

Ich erlaube mir, Ihnen die folgenden Informationen zu übermitteln, die ich vertraulich von meinen englischen Freunden über den Besuch von Professor Brodetzky in Angers erhalten habe.

Professor Brodetzky unterstrich die große Höflichkeit, mit der er von den Mitgliedern der polnischen Regierung empfangen worden ist. Indessen betrachtet er das Ergebnis seiner Gespräche als negativ. Vor allem hat ihn das von einem seiner Gesprächspartner zur Sprache gebrachte Projekt einer Aussiedlung der jüdischen Bevölkerung aus Polen in ein nicht näher bezeichnetes Gebiet der Ukraine (Küste des Schwarzen Meeres?) erschreckt. Professor Brodetzky beabsichtigt, einen Druck auf die polnische Regierung durch eine entsprechende Propagandaaktion unter den jüdischen Kreisen in den Vereinigten Staaten auszuüben.

Mein englischer Informant betrachtet dieses Projekt als höchst unerwünscht, da es ein neues Element der Verärgerung in die ohnehin schon schwierigen polnisch-jüdischen Beziehungen hineinbringen könne.

Um dieses Projekt zu kanalisieren, schlug er mir vor, da er von der Bildung des Polnischen Büros für politische Forschungen in London erfahren hatte, ob wir nicht in unser Institut einen Spezialisten für Judenfragen in Polen berufen wollten, der auf der Basis eines wissenschaftlichen Objektivismus, wie er für die Arbeit unseres Büros charakteristisch sein sollte, durch Schaffung eines ständigen Kontaktes mit der Vertretung der Juden in Großbritannien die Schwierigkeiten des Judenproblems in Polen erklären und die tatsächlich nicht immer freundlichen Absichten der jüdischen Seite in diesem Lande paralisieren könne. Ich habe die Zusicherung erhalten, daß wir für die Kosten, die mit der Berufung eines solchen neuen Mitarbeiters verbunden wären, Hilfe bei der Aufbringung eines Fonds erhalten würden.

Meinerseits möchte ich unterstreichen, daß, soviel mir bekannt ist, Die Kontakte mit der jüdischen Vertretung in Großbritannien schon Herrn Dr. Retinger anvertraut worden sind. Die Schaffung eines speziellen Juden-Referats im Polnischen Büro für politische Forschungen in London würde ich deshalb nicht für angezeigt halten im Hinblick auf die Gefahren, die für die Sache entstehen könnten, wenn man sie zweigleisig behandelt.

[gez. Graliński Zygmunt]

30) Diese Anlagen befinden sich nicht bei den Akten.

Nr. 13

1940, 19. April, London.

Brief des Regierungsdelegierten Józef H. Retinger an den Stellvertretenen Ministerpräsidenten Stanisław Kot über den Verlauf der weiteren Gespräche mit den jüdischen Führern und über die Beunruhigung, die durch den Plan von Kot, die jüdische Bevölkerung aus Polen an das Schwarze Meer umzusiedeln, entstanden ist.

Original (Eingangsstempel der Polnischen Botschaft in London vom 29. April 1940).

Garrick Hotel

3. Charing Cross Road

London W.C. 2

19. 4. 1940

Lieber Herr Professor,

wie Ihnen gewiß Herr Graliński gesagt hat, hatten wir am 11. April Lunch mit den Herren L. Stein, dem zweiten Vorsitzenden des jüdischen „Joint Foreign Committee“ (zusammen mit Professor Brodetzky), und mit Lionel Cohen, dem Vizepräsidenten dieses Gremiums. Das Gespräch drehte sich um allgemeine jüdische Themen, und Herr Graliński unterstrich die Liberalität der polnischen Regierung und die Tatsache, daß in der jetzigen Regierung niemand den Gedanken auch nur zuläßt, es könnte in Polen keine vollständige Gleichberechtigung der Juden geben.

In seinem eigenen Namen stellte er fest, daß die Mitglieder der Bauernpartei niemals Antisemiten gewesen sind, daß es aber heute noch gewisse Schwierigkeiten mit der Nationaldemokratie gebe, die sich aber ebenfalls rasch in der gewünschten Richtung entwickeln.

Herr Stein stellte fest, daß er und seine Genossen außerordentlich gut von Herrn Professor Kot und später von Herrn Bader und Minister Stańczyk empfangen worden sind. Es beunruhigte ihn jedoch die von Professor Kot aufgestellte These einer jüdischen Emigration an das Schwarze Meer.

Bekanntlich sind alle Fraktionen der Zionisten heute grundsätzlich gegen jede jüdische Auswanderung, wenn sie nicht nach Palästina geht, welches sie als ihr einziges Heimatland ansehen. Folglich gefiel ihnen Ihre These nicht, weil sie sie einerseits als unvereinbar mit den eigenen politischen Zielen ansehen und weil sie andererseits befürchten, daß eine derartige polnische Politik mit einer Massenumsiedlung der jüdischen Bevölkerung enden würde, so wie sie die Hitler-Leute durchführen. — Ich erfuhr, daß Professor Brodetzky sich in Privatgesprächen sehr kritisch über diesen Teil der Unterredung mit Ihnen geäußert hat, wenn er auch die hohe Moral und Humanität Ihrer Politik gegenüber den Juden anerkannt und unterstrichen hat.³¹

31) Prof. Selig Brodetzky gibt in seinen Erinnerungen den folgenden Bericht über die polnisch-jüdischen Gespräche: „A body was set up in London for the Relief of Polish War Victims, with Count Raczyński, the Polish Ambassador, as honorary President, Lord Moyne was Chairman. I met them both to discuss our problem. It was a terrible problem. ... Count Raczyński suggested to me that it would be a good thing that Leonard Stein and I as Co-chairman of the Joint Foreign Committee, should go to Angers in France, which was then the seat of the Polish Government-in-exile, and discuss matters with its members. Brotman, the secretary of the Board went with us. ... At Angers we spoke with Professor Kot, the Polish Vice-Premier. The Premier, General Sikorski, was busy with

Außer den offiziellen und sozusagen klassischen Zionisten sind in Amerika die Neozionisten sehr aktiv, nämlich „The New Zionist Organisation“, deren Führer der bekannte Żabotyński ist (in England schreiben sie ihn „Jabotynski“). Sie sind mit den älteren Zionisten in bezug auf die grundsätzlichen Ziele einer Meinung, haben aber unterschiedliche Ansichten zu den Methoden, und zwar:

1. Sie wollen einen großen unabhängigen jüdischen Staat in Palästina schaffen und nicht nur eine Zufluchtsstätte für die armen Juden, wie das die alten Zionisten wollen.
2. Sie sind der Meinung, daß die Judenfrage in Europa eine ökonomische und nicht eine religiöse oder Rassenfrage ist. Deshalb meinen sie, daß in den Ländern, wo der Prozentsatz der Juden zu groß ist, wie in Polen oder Rumänien, die einzige Lösung zur Vermeidung periodisch auftretender antijüdischer Bewegungen die künstliche Verminderung dieses Prozentsatzes durch eine Emigration großen Ausmaßes ist, in Millionenumfang (und zwar nach Palästina und nicht anderswohin). Sie meinen, daß die englische Regierung die Tore Palästinas nach dem Kriege öffnen muß und daß man in Palästina und in Transjordanien einige Millionen Juden aus Polen und dem übrigen Mitteleuropa ansiedeln kann.

Ich hatte darüber ein langes Gespräch mit Herrn A. Abrahams, dem politischen Führer der Neozionisten (am 17. April), der folgendes feststellte:

1. Die Ziele seiner Organisation decken sich hundertprozentig mit den Erfordernissen Polens, und infolgedessen sind sie (die Neozionisten) bereit, sich gewissermaßen dem Kommando der polnischen Regierung zu unterstellen, insbesondere soweit es um die jüdische Propaganda in Amerika geht. Diese Propaganda würde sich an die Juden, aber auch an die Amerikaner richten.

2. Ihr Bestreben ist jetzt die Bildung einer großen selbständigen jüdischen Armee und nicht nur eines Hilfskorps wie im vorigen Krieg. Sie meinen, daß die Rekrutierung einer Armee von 100 000 Mann möglich sein müsse, die an der Seite der Alliierten kämpfen könne in einer ähnlichen Abhängigkeit wie zum Beispiel die Tschechische Legion. Er gab mir zu verstehen, obwohl er das nicht ausdrücklich sagte, daß die Initiative zu [der Bildung] dieser Armee gegebenenfalls von der polnischen Regierung ausgehen und diese Armee mit der polnischen Armee verbunden werden könne. Als ich meine Zweifel bezüglich der Möglichkeit einer freiwilligen Rekrutierung einer so großen Anzahl von jungen Juden ausdrückte, berichtete mir Herr Abrahams, wie ausgezeichnet seine Organisation in Amerika funktioniere, wo sie schon über tausend jüdische Ortsgruppen haben und wo ihnen Hilfe von sehr einflußreichen und vermögenden Amerikanern nicht nur jüdischer Herkunft versprochen ist.

3. Um die Zusammenarbeit mit der polnischen Regierung zu vereinheitlichen, möchten die Neozionisten eine eigene Vertretung bei der polnischen Regierung in Frankreich einrichten. Etwas zaghaft fügte er hinzu, daß sie auch ihren Vertreter im Nationalrat zu haben wünschten. Ich ermutigte ihn bezüglich der

military matters. It was an amazing conversation. Professor Kot gave us a long history of the Jews in Poland, which, he said, had treated the Jews well for centuries. But the Jews were a foreign body in Poland, they did not even speak Polish. Many Jews had come to Poland from Lithuania. He said that there were too many Jews in Poland, and Hungary, and Romania. About a third of them could remain, the rest would have to go elsewhere. 'Where', I asked, 'Palestine?'. 'No, not Palestine', he said, 'the Arabs are against it. We could take an area round Odessa from the Russians after the war, and settle the Jews there.' We said we could not consider it." S. Brodetsky: From Ghetto to Israel. Memoirs, London 1960, S. 198.

ersten Idee, da ich der Meinung bin, daß es tatsächlich gut wäre, in engem Kontakt mit der dynamischsten Gruppe des Judentums zu stehen. Bezüglich des zweiten Punktes drückte ich, indem ich deutlich machte, daß ich nur im eigenen Namen spreche, die Meinung aus, daß mit Rücksicht auf die kleine Zahl der Mitglieder im Nationalrat es unmöglich wäre, mehr als zwei jüdische Vertreter darin zu haben, und da hätten die Aguda und der Bund mehr Rechte, Kandidaten zu benennen, als die Neozionisten, vor allem deshalb, weil es in Polen mehr Mitglieder des Bundes und des orthodoxen Judentums als Neozionisten gibt.

4. Herr Abrahams fragte mich so nebenbei und diplomatisch, ob die polnische Regierung bereit wäre, die neozionistische Propaganda in den neutralen Ländern und vor allem in Amerika finanziell zu unterstützen. Ich habe ihm ausweichend geantwortet und wieder hervorgehoben, daß ich nur im eigenen Namen sprechen kann, daß die polnische Regierung wenig Geld zur Verfügung hat und daß die Propaganda in Amerika sehr schwierig zu verwirklichen ist. Er antwortete darauf, übrigens mit Recht, daß diese für die Juden einfacher ist als für die Christen.

Abschließend fragte er mich, ob ich ihm Gespräche mit Mitgliedern der polnischen Regierung vermitteln und ob ich für ihn gegebenenfalls auch eine kurze Audienz beim Ministerpräsidenten während seines Aufenthaltes in London erreichen könne. Ich habe ihm versprochen, dies zu tun.

Inzwischen organisiert sich hier ein Komitee der polnischen Juden, an dessen Spitze Herr A. Szyk (ein bekannter Maler) steht, Sekretär ist Herr P. Cang. Das sind Juden, die sich vollständig der polnischen Staatsraison unterwerfen und bei jeder Gelegenheit ihre Loyalität gegenüber der Regierung General Sikorskis betonen. Bisher gibt es in dieser Gruppierung einige hundert Mitglieder, ausschließlich polnische Staatsbürger. Eine gewisse Rolle spielt dort Frau Celina Sokołow, weil sie 1) die Tochter des großen jüdischen Führers Nahum Sokołow ist und weil sie 2) die Vorsitzende der jüdischen Sektion des „Polish Relief Fund“ ist.

Weil die jüdischen Osterfeiertage am Montag, dem 22. April, beginnen, schlugen sie Herrn Minister Stańczyk und mir vor, wir sollten zu einem sogenannten „Seder“, d. h. zu einem religiösen Passahmahl, kommen.

Herr Stańczyk und ich haben diese Einladung angenommen. Im Saal waren etwa 200 polnische Juden versammelt, von denen sicher mehr als die Hälfte seit vielen Jahren in England ansässig ist, die hier auch zu Vermögen und einem gewissen Ansehen gekommen sind. Der Empfang war von vornherein sehr herzlich. Er begann mit einer warmen Begrüßungsansprache der Vorsitzenden Frau Sokołow. Danach sprach Herr Stańczyk in mehr sentimentalem als politischem Ton und versicherte den Teilnehmern lediglich, daß Polen gegenüber allen seinen Bürgern gerecht sein werde, daß die Regierung des Generals Sikorski die Frage der Gleichberechtigung der Juden nicht als ein Objekt politischer oder anderer Verhandlungen ansehe, sondern als ihre moralische und humanitäre Verpflichtung.

Mit großer Rührung sprach dann Herr Guildenheim, ein reicher polnischer Jude, der vor einem Dutzend Jahren aus Polen ausgewandert ist. Er stellte fest, daß das der erste Fall in der Geschichte ist, daß ein Mitglied der polnischen Regierung an einem „Seder“ teilnehme, und er brachte einen Toast auf Polen, auf seinen Ministerpräsidenten Sikorski und auf die Alliierten aus.

Die Stimmung der Versammelten wurde immer herzlicher, so daß, als später Herr Minister Stańczyk noch einmal mit einigen Worten für den Empfang

dankte, ich viele sah, die vor Rührung weinten, und abschließend sang der ganze Saal „Noch ist Polen nicht verloren“.

Das Gastmahl war sehr symptomatisch, soweit es um die Stimmung der polnischen Juden geht, und es bestätigte wieder, daß, wenn wir mit ihnen entsprechend umgehen, wir mit ihrer Loyalität rechnen können.

Außer dem Komitee der polnischen Juden, das von Herrn Szyk organisiert ist und dem vor allem die vollständig assimilierten polnischen Juden angehören, gibt es noch ein zweites jüdisches Komitee polnischer Staatsbürger, an dessen Spitze Herr Tarło steht. Es ist vor einigen Jahren entstanden und stützt sich vor allem auf die breiten Massen des armen Judentums, ist eher demagogisch eingestellt und unterliegt den Augenblicksstimmungen. Es war gegenüber den polnischen Interessen in der Vergangenheit nicht immer loyal und hat zeitweilig sehr scharf auf den Antisemitismus der Vorkriegsregierung reagiert.

Die polnischen Juden aus Paris, die sich um Herrn Schwarzbart gruppieren, bemühen sich, ein Zentralkomitee der polnischen Juden in England zu bilden, und zwar durch Verbindung der beiden existierenden Komitees und durch Gründung von lokalen Komitees in Leeds, Birmingham, Manchester usw. Ich sah Herrn Dowgalewski, der zu diesem Zweck hierher gereist ist (nachdem er sich mit Ihnen getroffen hatte, wie er mir sagte) und der die Situation sehr nüchtern beurteilte. Dabei soll ihm Dr. Reichman helfen.

Ich bin sehr für die Bildung eines starken Komitees der polnischen Juden in England, vor allem deshalb, weil sich in ihren Händen und nicht in den Händen der englischen Juden die Verteidigung der Interessen der polnischen Juden vereinigt und von einem eventuellen internationalen Forum in die Arena der polnischen Innenpolitik übergehen würde.³² Es scheint mir, daß die englischen Juden, obwohl sie offiziell diese Projekte unterstützen müßten, damit nicht zufrieden sein werden, denn der Verband der polnischen Juden würde ihnen gewissermaßen zumindest theoretisch die Möglichkeit des Einwirkens auf polnische Angelegenheiten nehmen.

Herr Dowgalewski sagte mir, daß er in einigen Tagen nach Frankreich zurückkehren soll. Ich schlage deshalb vor, daß wir eine Vierer-Konferenz mit ihm in Anwesenheit von Herrn Schwarzbart einberufen zur Besprechung der Fragen der Organisation der polnischen Juden im Ausland. Bei dieser Gelegenheit sollten wir auch eine Instruktion besprechen, die den polnischen Vertretungen im Ausland bezüglich der Politik der polnischen Regierung gegenüber den Juden im allgemeinen zugestellt werden sollte.³³

Ich habe auch einige Gespräche mit Herrn Goodman, dem Führer der Aguda-Mitglieder in England, geführt. Die Aguda ist organisatorisch schwächer als die Zionisten und die „Bund“-Anhänger, hat aber eine große Tradition und besitzt eine erhebliche Attraktivität bei den orthodoxen Juden, vor allem in Polen. Sie hat auch viel guten Willen Polen gegenüber gezeigt und stellt ein wichtiges Element des Judentums dar. Ihre Tendenzen sind gegen die Auswanderung gerichtet.

Herr Goodman erklärte mir, daß die politische Formel der Aguda die Unterstützung der Regierung ist, wie sie auch immer sein möge. Er möchte auch in Kürze nach Frankreich kommen, um mit Ihnen ein längeres Gespräch zu führen. Auch er meint, daß die Aguda im Nationalrat vertreten sein müsse.

32) Handschriftlich am Rande: „Achtung: Wesentlicher Unterschied: Die Federation of Polish Jews ist nicht auf der Grundlage der polnischen Staatsbürgerschaft organisiert, sondern auf der Basis der Herkunft.“

33) Handschriftlich am Rande: „Richtig!“

Bei meinen Gesprächen mit den englischen Juden hilft mir die Tatsache, daß die Juden gegenüber unserem Botschafter in London viel Vertrauen und Achtung empfinden.

Die Broschüre über die Verfolgung der Juden in Polen durch die Deutschen wird schon am Montag, dem 30. April, erscheinen. Ich hoffe, daß ich Ihnen einige Exemplare mitbringen kann.

Mit herzlichem Händedruck

Ihr sehr ergebener
[gez. J. H. Retinger]

Summary

General Sikorski's and his Exile Government's Attitude towards the Jewish Question in Poland as Illustrated by Documents of the Year 1940

This contribution deals with the contact between Jewish organizations and Polish government agencies in exile — a little known, but important episode in the Polish-Jewish relations. In this connexion above all the probably last negotiations between representatives of the both communities are scrutinized. They were confined to the period from October 1939 to the end of April 1940, corresponding with about the period of activity of Sikorski's Polish exile government at Angers (France).

The political situation in occupied Poland forced the heads of both the communities together to seek an agreement. The Jewish organizations expected that a friendly attitude of the Polish exile government towards the Jewish question would improve the Polish-Jewish relations in Poland. The exile government in France, however, wanted to improve Poland's image in the public opinion of the democratic great powers and also to gain the support of the influential Jewish organizations in these countries. The Polish side took the view that this fact could play an important part on a future peace conference, mainly in the alarming question of a revision of the Soviet-Polish frontier.

In spite of an uncommon convergence of the bilateral interests the talks met with serious difficulties. The Jewish side claimed a clear and official statement of Sikorski's government against the anti-Semitic policy of the previous regime in Poland. The representatives of the government, on the contrary, categorically refused any adequate official declaration. They expressed the long-known reproaches to their partners: that the Jews claimed privileges and planned to form "a state inside the state" etc. One of the ministers — though unofficially — defined the conception of solving the Jewish question in Poland by removing the Jews to the region around Odessa.

The talks between Poles and Jews in exile — demonstrated by 13 documents in the annex of the contribution — finally did not bring any concrete results, and the subsequent course of history — the breakdown of France and the "final solution" of the Jewish question by Hitler's policy — deprived the problems mentioned above of their topicality in a tragical way.